



# Das Elend im Steyr der Zwischenkriegszeit und das soziale Engagement des evangelischen Pfarrers Hugo Fleischmann

Vorwissenschaftliche Arbeit verfasst von  
Thomas Riener  
Klasse 8A

Betreuer/in: Mag. Florian Bachofner-Mayr

abgegeben am 1. März 2024

Gymnasium Werndlpark  
Leopold-Werndl-Straße 5, 4400 Steyr

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	I
Vorwort .....	II
Abstract .....	III
1 Die Notlage der Stadt Steyr in der Zwischenkriegszeit .....	1
2 Armenfürsorge und Sozialgesetzgebung.....	3
2.1 Armenfürsorge in Oberösterreich .....	3
2.2 Sozialgesetzgebung in der Ersten Republik.....	5
3 Auswirkungen auf die Bewohner der Stadt Steyr .....	7
3.1 Versorgungskrise .....	8
3.2 Teuerung und Geldentwertung.....	9
3.3 Wohnungsnot und Barackenelend.....	10
3.4 Armutsbekämpfung durch die Stadtverwaltung.....	12
3.5 Besondere Fürsorge -und Spendenaktionen .....	15
3.6 Not und Elend .....	17
3.7 Vom Bürgerkrieg bis zum Anschluss .....	22
4 Leben und soziales Engagement von Pfarrer Hugo Fleischmann .....	25
4.1 Die evangelische Kirchenverfassung .....	25
4.2 Die evangelische Gemeinde A.B. Steyr und ihre soziale Bedeutung .....	25
4.3 Hugo Fleischmann.....	27
4.4 Das soziale Engagement Hugo Fleischmanns .....	29
4.4.1 Ausspeisungen .....	30
4.4.2 Vortragsreisen .....	30
4.4.3 Kinderverschickungen .....	32
4.4.4 Erdsegen.....	32
4.4.5 Spendenaufrufe und Sparmaßnahmen.....	35
4.4.6 Religionsunterricht.....	35
4.4.7 Betreuung der evangelischen Strafgefangenen .....	36
4.5 Problematisierung der Person Fleischmann .....	38
5 Resümee.....	42
6 Literaturverzeichnis.....	44
7 Abbildungsverzeichnis.....	46
Eigenständigkeitserklärung .....	47

## Vorwort

„Wahrlich - unsere Stadt ist des Elends übervoll!“

(Vizebürgermeister und Fürsorgereferent Anton Azwanger am 30.12.1931)

Die vorliegende vorwissenschaftliche Arbeit befasst sich mit dem Leid, das die Steyrer Bevölkerung in der Zwischenkriegszeit ertragen musste und beleuchtet das soziale Engagement der evangelischen Pfarrgemeinde unter Pfarrer Hugo Fleischmann. Angeregt durch mein historisches Interesse, die Steyrer Landesausstellung des Jahres 2021 und das leider teils nur mündlich tradierte Wirken von Pfarrer Hugo Fleischmann stellte ich mir einige Fragen zur damaligen Notlage der einst so wohlhabenden Eisenstadt Steyr: Wie hat es geschehen können, dass die Stadt Steyr als herausragender Industriestandort, der in Konjunkturzeiten tausende Arbeitssuchende angezogen hat, in Not und Elend versunken ist? Wo sind staatliche Verantwortung und Fürsorgepflicht geblieben, was waren die rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen, was die politischen Entscheidungen? Wie hat dieses Leid der Betroffenen ausgesehen? Warum sind zahllose Hilferufe der Stadtverwaltung so lange ungehört geblieben? War es, weil Steyr als *austro-marxistische Hochburg* in einem christlich-sozial regierten Land verrufen war?

In meiner Arbeit versuche ich diese Fragen durch Einblick in die damalige Armenfürsorge und Sozialgesetzgebung und die Ratsprotokolle der Stadt zu beantworten.

Ich habe mich bemüht, überwiegend Primärquellen (Ratsprotokolle der Stadt Steyr sowie Gemeinde- und Presbyterprotokolle der evangelischen Pfarrgemeinde Steyr) zu nutzen – Dies zur Erklärung manch sprachlicher Eigenheiten und ungewöhnlicher Aspekte der damaligen Krisenereignisse, die ich unverändert übernommen habe.

Mein Dank gilt Direktor Mag. Florian Bachofner-Mayr, der meine vorwissenschaftliche Arbeit betreut hat, Senior Mag. Friedrich Rößler für viele gute Ratschläge und den Zugang zum Archiv der evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Steyr sowie meinem Großvater und ehemaligen Kurator Dr. Friedrich Enzenbrunner, der mich bei der Quellenforschung zu dieser Arbeit unterstützt hat.

Besondere Erwähnung verdient der Steyrer Altbürgermeister und Zeitzeuge Franz Weiss (Jahrgang 1920), dessen lebendige Erinnerungen an die damalige Zeit und an Pfarrer Hugo Fleischmann mich besonders beeindruckten und zu dieser Arbeit inspirierten.

## Abstract

Diese Arbeit befasst sich mit der Notlage der Stadt Steyr in den Jahren 1918 bis 1938 und versucht, deren Ursachen zu identifizieren, das Elend im Detail zu beschreiben und die Bestrebungen der politisch Verantwortlichen zur Behebung der Krise zu evaluieren. Darüber hinaus wird das soziale Engagement der evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Steyr unter Pfarrer Hugo Fleischmann beleuchtet. Ferner wird auf die Debatte um seine politische Gesinnung und die angedachte Umbenennung einer nach ihm benannten Straße eingegangen, um eine differenzierte und kritische Einordnung der Person Hugo Fleischmann zu ermöglichen.

Als Quellen dienen vorrangig die Ratsprotokolle der Stadt Steyr und die Protokolle der evangelischen Pfarrgemeinde- und Presbytersitzungen, daneben Literaturrecherchen.

Das Ergebnis zeigt die Unmöglichkeit der damaligen Politik auf, die Gegensätze der in Bund und Land verantwortlichen Christlichsozialen und der sozialdemokratischen Stadtverwaltung zu überwinden. Dies führte dazu, dass die einst wohlhabende Eisen- und Industriestadt Steyr kaum staatliche Unterstützung erhielt und in Verbindung mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 in ein bis dahin unvorstellbares Elend geriet.

Das vereinzelt in der Literatur als Mythos abwertend beschriebene soziale Engagement des evangelischen Pfarrers Hugo Fleischmann ergibt sich zweifelsfrei aus den Pfarrarchiven, wobei das von ihm initiierte *Liebeswerk Erdsegen* bis heute in der Benennung eines Ortsteils weiterlebt. Die politische Gesinnung des gebürtigen deutschen Pfarrers Fleischmann ist durch die Befürwortung des Anschlusses und die nachfolgende Kritik an den negativen Auswirkungen des nationalsozialistischen Regimes auf das evangelische Kirchenleben charakterisiert.

# 1 Die Notlage der Stadt Steyr in der Zwischenkriegszeit

Die Stadt Steyr erlebte mit dem Wachstum der Steyr-Werke ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Aufstieg zu einem der wichtigsten und wohlhabendsten Industriestandorte der Monarchie. Allerdings wurde über Jahre hinweg ungeachtet des starken Bevölkerungswachstums der Industriearbeiterschaft unzureichend in die Infrastruktur und den Wohnbau investiert.

Mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem Zerfall der Donaumonarchie ging nicht nur der Markt für die Waffenproduktion verloren, sondern für viele Arbeiter auch die alte Heimat, die nun jenseits nationaler Grenzen lag. Wie im Kapitel über die österreichische Armenversorgung und Sozialgesetzgebung auszuführen sein wird, war aber das Heimatrechtsprinzip die Grundlage für Anspruchsberechtigung bei Bedürftigkeit.

Hier angesichts der geänderten Verhältnisse Abhilfe zu schaffen, fiel der jungen Republik Österreich äußerst schwer, denn das gesamte Staatswesen musste erst einmal geschrumpft werden. Es waren allein an die 100.000 überflüssig gewordene Staatsdiener abzubauen, Reparationszahlungen zu leisten und die Versorgungslage der hungernden Bevölkerung zu verbessern. Die revolutionäre Grundstimmung in der Arbeiterschaft verschärfte das Problem, sodass dem Staat nichts anderes übrigblieb, als den wachsenden Geldbedarf durch die Erhöhung der Geldmenge zu decken.

Eine galoppierende Inflation war die Folge und zugleich Mitursache für die weitere Verarmung der Bevölkerung. Angesparte Vermögen waren von heute auf morgen nichts mehr wert, ebenso die für schlechtere Zeiten vorsorglich angelegten Rücklagen der Unternehmer.

Das Auf und Ab der Steyr Werke, in Ratsprotokollen oft auch Waffenfabrik genannt, ging während der gesamten Zwischenkriegszeit weiter, obwohl die Werksleitung vieles versuchte, um die Auftragslage zu stabilisieren. Ein Beispiel ist die Umstellung auf Automobilproduktion, wobei man auch ein Jahr lang auf die Dienste von Ing. Ferdinand Porsche zählen konnte, der aber 1930 das Werk wieder verließ und den *Volkswagen* in Deutschland zur Serienreife brachte.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Brandl, 1980 S. 94/96

Ein ähnliches Schicksal erlitten die Reithofferwerke, ein auf Gummiprodukte spezialisierter Betrieb, der in seiner Blütezeit über 1000 Beschäftigte hatte und damit der zweitgrößte Arbeitgeber in Steyr war. 1933 musste der Betrieb krisenbedingt endgültig schließen, erhalten ist nur das damalige Hauptgebäude, heute ein Verwaltungsgebäude des Magistrates Steyr.<sup>2</sup>

Den Höhepunkt der negativen Entwicklung bewirkte die Weltwirtschaftskrise von 1929. Wenn Bürgermeister Franz Sichlader in der Gemeinderatssitzung vom 30.12.1932 klagt: "Ich denke hier vor allem an die Jugend, [...] die aber trotz Arbeitswilligkeit kaum etwas Ordentliches lernen kann, [...] nur weil die Gesellschaft die Arbeit verweigert, obwohl tausende Maschinen vorhanden sind, die stille stehen, obwohl Rohstoffe in unzähligen Mengen vorhanden sind, die des Veredelungsprozesses harren"<sup>3</sup>, so übersieht er, dass jeder Arbeitsprozess entsprechende Nachfrage voraussetzt, diese aber nicht gegeben war.

Die Steyrer Sozialdemokratie nimmt bis heute für sich in Anspruch, dass es ein bleibendes Verdienst der damaligen Arbeiterführer ist, allen voran der Bürgermeister Josef Wokral und Franz Sichlader, mit Besonnenheit und Bemühen um parteiübergreifende Harmonie einen größeren Aufruhr des hungernden Proletariats verhindert zu haben. Dass es schließlich dennoch zu den Februarkämpfen des Jahres 1934 kam, bei denen Steyr neben Linz das Zentrum der Unruhen in Oberösterreich war, ist der Außerkraftsetzung der demokratischen Ordnung durch den Austrofaschismus und den repressiven Übergriffen der Polizei anzulasten.

Zusammengefasst lässt sich die Situation in der Stadt Steyr durch folgende Faktoren beschreiben: Abhängigkeit von einem Großbetrieb mit stark schwankenden Umsätzen als Arbeitgeber, mangelnde Wohnbautätigkeit, verlorener Krieg, Entwurzelung der Menschen durch den Zusammenbruch der Donaumonarchie, Inflation, Weltwirtschaftskrise, unzureichende Armenfürsorge und Sozialgesetzgebung im Spannungsfeld zwischen Zentralgewalt, Ländern und Gemeinden und nicht zuletzt Zweifel an der Überlebensfähigkeit der Republik Deutschösterreich.

---

<sup>2</sup> Brandl, 1980 S. 82

<sup>3</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 30.12.1932 S. 2

## 2 Armenfürsorge und Sozialgesetzgebung

Zum Verständnis des folgenden Kapitels ist hervorzuheben, dass in der Monarchie die Auffassung herrschte, dass zwischen Arbeitsfähigen und Erwerbsunfähigen zu unterschieden sei und nur letztere einen Anspruch auf Unterstützung hatten, subsidiär zur innerfamiliären Fürsorgepflicht. Angesichts dieser Rechtslage trugen kirchliche Institutionen die Hauptlast der Armenfürsorge. Hinzu kam die kontinuierliche Wende von einer agrarischen zu einer industriellen Volkswirtschaft und dass auf die gesellschaftlichen Folgen, nämlich der Entstehung des Industrieproletariats, von Seiten der bürgerlich dominierten Politik sehr zögerlich reagiert wurde.

### 2.1 Armenfürsorge in Oberösterreich

Armut war eines der großen Probleme in der Monarchie und in der Zwischenkriegszeit und war in erster Linie eine Begleiterscheinung ungleicher Lebensbedingungen in der Endzeit der Monarchie, geprägt von Reichtum für einen Bruchteil der Gesellschaft und vielen sozialen Problemen für einen Großteil der Bevölkerung. Zwei Faktoren erhöhten das Armutsrisiko nochmals: Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit. Besonders hart von Armut betroffen waren demnach Kinder, Frauen, Behinderte, Arbeitslose, Kranke und Alte.<sup>4</sup>

Oberösterreich war vor 1938 ein vorwiegend agrarisch geprägtes Land mit wenigen spezialisierten Industriestandorten, aus denen bis zu ihrem Niedergang die Region Steyr hervorstach. „Der Volkszählung 1934 zufolge arbeiteten in Oberösterreich immer noch 44,6% der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft, 34,8% in Industrie und im Gewerbe [...]“<sup>5</sup> Die politisch brisante Arbeiterfrage als Folge der Abwanderung aus ländlichen Gebieten, wo die Menschen traditionell im bäuerlichen Verband zumindest bescheidene Ernährungsmöglichkeiten hatten, erforderte die Entwicklung neuer sozialer Sicherungssysteme. So wurden 1889 mit den Unfall- und Krankenversicherungsgesetzen für Arbeiter einheitliche Standards für bis dahin verschiedene Kassen eingeführt.

1920 folgte die Arbeitslosenversicherung. Die Leistungen waren kausal an der geleisteten Lohnarbeit, an der Höhe der Beiträge und weiteren Kriterien orientiert. Arbeitslosenunterstützung wurde nur gewährt, wenn der Nachweis einer

---

<sup>4</sup> Riegler, 2015 S.63

<sup>5</sup> Riegler, 2015 S.64

zwanzigwöchigen Arbeit im laufenden Jahr erbracht und die Gefährdung des Lebensunterhaltes durch Verdienstaufschlag nachgewiesen werden konnte. Die Dauer der Unterstützung lag zwischen 20 und 30 Wochen.<sup>6</sup> Viele waren dadurch von den Leistungen von vornherein ausgeschlossen, sogenannte *Ausgesteuerte*.

Die öffentliche Armenpflege beschränkte sich auf jene Menschen, die sich durch eigene Arbeitskraft nicht erhalten konnten, stellte keinen Lohnersatz dar und durch abschreckende Maßnahmen sollte verhindert werden, dass man ohne zwingenden Grund die Armenversorgung für seinen Lebensunterhalt missbrauchte.<sup>7</sup>

Zu diesem Zweck waren *Schub* und *Abschaffung* legitime Mittel der zwangsweisen Ausweisung, Betroffene wurden unter Bewachung in geschlossenen Zügen von Dorf zu Dorf getrieben und über die Landesgrenze geschafft. Das Schubgesetz von 1871 vereinheitlichte dieses Vorgehen gegen Bettler und Landstreicher, durch das Vagabundengesetz von 1885 wurden Landstreicherei, Betteln und Prostitution von arbeitslosen und arbeitsscheuen Personen unter Strafe gestellt und dies konnte zur Anhaltung in Zwangsarbeitsanstalten führen. Unmündige waren in einer Besserungsanstalt unterzubringen.<sup>8</sup>

Während sich der Zentralstaat um die sozialen Belange der erwerbstätigen Bevölkerung kümmerte, war die Armenfürsorge Sache der Gemeinden, in der Praxis wurde letztere jedoch als Aufgabe der Familie beziehungsweise kirchlicher Organisationen erachtet.

Im Heimatrechtsgesetz von 1863 wurden zwei bedeutende Grundrechte verankert: das Recht auf Aufenthalt und das Recht auf Versorgung durch die Gemeinde im Verarmungsfall. Der Heimatschein bezeugte dieses Recht.<sup>9</sup>

An dieser Lastenverteilung änderte auch die Bundesverfassung von 1929 nichts, die zwar das Arbeitsrecht, das Sozialversicherungswesen, den Großteil der Gesundheitsversorgung und die Kriegsofferfürsorge in Ausführung und Vollziehung dem

---

<sup>6</sup> §§ 1 ff des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung, Staatsgesetzblatt 153/1920

<sup>7</sup> Riegler, 2015 S.65

<sup>8</sup> Riegler, 2015 S.67, S.70

<sup>9</sup> Riegler, 2015 S.68,69

Bund zuwies, die Armenfürsorge aber nach dem Heimatrechtsprinzip weiterhin den Gemeinden überließ.<sup>10</sup>

Der Zuzug in industrielle Ballungsgebiete führte dazu, dass Aufenthalt und Heimatrechtszuständigkeit immer weiter auseinanderklafften. Im Jahr 1935 betraf dies bundesweit 40% der Bevölkerung. Die Folge waren bürokratisch aufwendige Ersatz-Streitigkeiten zwischen den Gebietskörperschaften. Das Heimatrechtsgesetz von 1935 hatte schließlich – dem austrofaschistischen Gedankengut entsprechend – bereits deutlich ordnungspolitische Züge.<sup>11</sup>

Für Oberösterreich wurde die den Gemeinden obliegende Armenversorgung im Oberösterreichischen Landesarmengesetz von 1880 geregelt und blieb in modifizierter Form bis 1938 bestehen. Zuständig war der Armenrat unter dem Vorsitz des Bürgermeisters. In den Ratsprotokollen der Stadt Steyr finden sich in jeder Sitzung die Berichte des Fürsorgereferenten über die Entscheidungen der Armenräte und Beschlüsse zu Beschwerden von Antragstellern.<sup>12</sup>

## 2.2 Sozialgesetzgebung in der Ersten Republik

Zum Verständnis, welche Instrumente der Staat zur Verfügung stellte, um die Lebenshaltung der Bevölkerung zu sichern, ist auch ein Blick auf die Sozialgesetzgebung erforderlich.

Der damalige Leiter des Staatsamtes für Soziale Fürsorge, der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Ferdinand Hanusch, war bestrebt, die Arbeiterschaft in den Staat zu integrieren, um eine revolutionäre Entwicklung zu verhindern. In seiner Rede vor der Industriekonferenz im November 1919 formuliert Hanusch:

„Wenn wir vor dem Äußersten bewahrt werden wollen, müssen wir in erster Linie bei der Arbeiterschaft das Vertrauen wecken, dass der Staat ein anderer ist als der alte. [...] Die Opfer, die die Industrie bringen muss, fallen gegenüber den Milliarden Schäden, die ein Tag Revolution in einer Großstadt bedeutet, nicht sehr in die Waagschale.“<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup> Riegler, 2015 S.69

<sup>11</sup> Riegler, 2015 S.69

<sup>12</sup> Riegler, 2015 S.71,72

<sup>13</sup> Talos, 1981 S.154

Ausgangspunkt ist das Krankenversicherungsgesetz von 1888, mit dem für gewisse Unselbständige Anspruch auf Krankengeld als Verdienstersatz geschaffen wurde. Diese Regelung wurde durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 24. März 1920, Staatsgesetzblatt 153/1920, abgelöst und galt für Arbeiter und Angestellte.

Mit der Konsolidierung des Staatswesens verringerte sich der Druck, die Sozialleistungen zu vermehren, vielmehr setzte unter dem Gebot der leeren Kassen eine gegenläufige Bewegung ein. Bundeskanzler Ignaz Seipel prägte in einer parlamentarischen Rede vom 29.2.1924 den Spruch vom „Wegräumen revolutionären Schuttes“, der sich „aus der Verwirrung der Revolutionszeit erkläre“.<sup>14</sup> Ein erster Schritt hatte bereits 1921 mit der Schaffung des Angestelltenversicherungsgesetzes darin bestanden, die Sozialversicherung in Angestellte und Arbeiter zu unterteilen. Als Angestellte wurden im Inland unselbständig erwerbstätige Personen definiert, „die bei einem oder mehreren Dienstgebern vorwiegend zur Leistung kaufmännischer oder höherer, nicht kaufmännischer Dienste oder zu Kanzleiarbeiten angestellt sind“.<sup>15</sup> Inhaltlich handelte es sich um die Bevorzugung der Angestellten gegenüber der Arbeiterschaft mit dem ideologisch motivierten Zweck, einer möglichen Solidarisierung der beiden Berufsgruppen entgegenzuwirken nach dem Grundsatz *divide et impera*.

Parallel dazu wurde ein Arbeiterversicherungsgesetz ausgearbeitet, welches auch für Arbeiter eine Alters- und Invalidenversicherung schaffen sollte und am 1. April 1927 verabschiedet wurde (BGBl. 125/1927). Von den Sozialdemokraten wurde es als *Aprilscherz* bezeichnet, weil es eine *Wohlstandsklausel* enthielt. Sie definierte eine Vielzahl gesamtwirtschaftlicher Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Gesetzes, die so rigid waren, dass es bis zum Anschluss an das Deutsche Reich 1938 nicht in Kraft treten konnte.

Somit gab es nur die Altersfürsorgerente, die ab 1.7.1927 jenen österreichischen Bürgern zustand, die das 60. Lebensjahr vollendet hatten und bestimmte weitere Voraussetzungen (Beitragsjahre etc.) erfüllten. Sie betrug mindestens S 18,-- und höchstens S 70,-- monatlich, umgerechnet auf das Jahr 2019 entsprach dies einem Geldwert von € 63,83 bis € 248,25.<sup>16</sup>

---

<sup>14</sup> Sten. Prot. BR, II. GP, 29. Februar 1924, S.926

<sup>15</sup> Steiner, 2019 S.228

<sup>16</sup> Steiner, 2019 S. 229/230

Die Weltwirtschaftskrise hatte zur Folge, dass immer mehr Leistungsempfängern immer weniger Beitragszahler gegenüberstanden, sodass Sparmaßnahmen erforderlich wurden. Dies führte zu einer Fülle von Leistungskürzungen wie Wartezeiten, Einschränkung des Kreises der Anspruchsberechtigten, Kürzung der Krankengelder und Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages für Rentner. Die Sozialdemokratie sah darin einen „Raubzug gegen die Arbeitnehmer“.<sup>17</sup>

Die Zeit des Nationalsozialismus brachte die Implementierung der reichsdeutschen Sozialgesetzgebung, aber keine wesentlichen Verbesserungen. Waren die neuen Bestimmungen schlechter als die alten, konnten die Anspruchsberechtigten in Ausnahmefällen im alten System verbleiben.<sup>18</sup>

Abschließend einige Zahlen zur Arbeitslosigkeit in der Zwischenkriegszeit:

1921 gab es bundesweit 28.000 Arbeitslose, 1922 bereits 103.000 und 1923 stieg die Zahl auf 212.000, wovon nur etwa die Hälfte Anspruch auf Unterstützung hatte. Nach einer kurzen Erholung stiegen die Zahlen in den 1930er Jahren abermals stark an. Im Jahr 1933 auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung waren 600.000 Menschen arbeitslos und ein Drittel davon erhielt als *ausgesteuert* keine Unterstützung mehr.<sup>19</sup>

### 3 Auswirkungen auf die Bewohner der Stadt Steyr

Im folgenden Kapitel werden hauptsächlich basierend auf den Steyrer Ratsprotokollen das Leid und die Notlage der Steyrer Bevölkerung beleuchtet. Dabei sind verschiedene Abschnitte erkennbar. Die Zeitspanne unmittelbar nach Kriegsende im November 1918 ist geprägt von Versorgungsproblemen, dann folgt die galoppierende Inflation bis zur Währungsreform 1925. Es folgen einige Jahre der Konsolidierung, abrupt gestoppt durch die Weltwirtschaftskrise von 1929, welche die Jahre der schlimmsten Entbehrungen einleitet, bis 1934 mit dem Ständestaat das ohnehin fragile politische Miteinander zusammenbricht, die Not nur noch verwaltet wird und im März 1938 die staatliche Souveränität verloren geht.

---

<sup>17</sup> Steiner, 2019 S. 234

<sup>18</sup> Steiner, 2019

<sup>19</sup> Mendel, 2021

### 3.1 Versorgungskrise

Schon während des Ersten Weltkrieges herrschte in Steyr ein beträchtliches Maß an Not und Leid. Mit dem Zusammenbruch der Monarchie verschärfte sich die Lage dramatisch. Ab November 1918 wurden durch Steyr gehende Transporte beschlagnahmt, um die Versorgung der Stadt zu gewährleisten, ehe es aus Kohlemangel zu Verkehrsreduzierungen der Enns- und Steyrtalbahn kam. Am 9. Jänner 1919 wurde der Stadtpfarrhof von einer aufgebrauchten Menge vollständig ausgeplündert.<sup>20</sup>

Versorgungsfragen standen vorrangig auf der Tagesordnung jeder Gemeinderatssitzung., wie im Folgenden Auszüge aus den Ratsprotokollen der Stadt Steyr zeigen sollen.<sup>21</sup> Im Februar 1919 hält Vizebürgermeister Paul Fendt folgendes zur Versorgungslage der Stadt fest:

*„Das Land Oberösterreich leidet schon eine ganze Reihe von Jahren an einer Lebensmittelnot, insbesondere sind es die Städte, die am meisten darunter entbehren müssen. War das Land schon während des Krieges eines der besten Beuteobjekte der Approvisionnement, so ist es seither nicht viel besser geworden. [...] Der Schleichhandel blüht, [...] ganz besonders sind die Viehlieferungen so große, dass einzelne Bezirke vollkommen entleert sind.“<sup>22</sup>*

Daran knüpft sich der Appell an die Landesregierung, „die Grenzen für Lebensmittelausfuhren so lange dicht zu machen, als die Versorgung der Einheimischen nicht gesichert sei.“<sup>23</sup>

Am 13.3.1920 berichtet Gemeinderat R. Steinbrecher, dass die Milchversorgung trotz teilweise heftiger Proteste zentralisiert werden muss, um dem Missbrauch ärztlicher Zeugnisse für den Bezug von *Krankenmilch* Einhalt zu bieten. Ungerechtfertigte Verschreibungen hätten unerträgliches Ausmaß angenommen. Die Stadt Steyr bekomme ein tägliches Kontingent von 2930 Litern, davon würden die Anstalten 189 Liter bekommen und allein 1000 Liter auf Krankenmilch entfallen, sodass der restlichen

---

<sup>20</sup> Brandl, 1980 S.13

<sup>21</sup> Brandl, 1980 S.11

<sup>22</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 7.2.1919; S. 1,2

<sup>23</sup> Ebd.

Bevölkerung von Steyr bei einem Verpflegestand von 25.000 Personen vergleichsweise fast nichts verbleibe.<sup>24</sup>

Am 10.4.1920 betont Bürgermeister Josef Wokral zum Stand der Lebensmittelversorgung, dass die Unsicherheit der Zufuhren und Knappheit an verschiedenen Waren wiederholt zu schweren Krisen geführt habe. Die Fleischversorgung bereite die größten Schwierigkeiten, sodass wiederholt nur 10 Dekagramm pro Woche und Kopf abgegeben werden konnten. Wurst sei nahezu gar nicht zu erhalten und die Kartoffelanlieferung sei im Herbst so gering gewesen, dass ein frühzeitiger Mangel eintreten müsse. Die Versorgung mit Käse sei gleichfalls ungemein zurückgegangen. Ein besonderes Problem stelle weiterhin die Milchversorgung dar, in der Nachbarschaft seien die Mengen sehr gering, das meiste müsse aus dem Bezirk Ried gebracht werden, aber der lange Transportweg führe zu ständigem Sauerwerden der Milch.<sup>25</sup>

### 3.2 Teuerung und Geldentwertung

Ab 1920 kommt es zur galoppierenden Geldentwertung, verbunden mit Kaufkraftschwund und der Vernichtung sämtlicher Geldvermögen. Als Beispiel dienen die von dem am 20.10.1914 gefallenen Leopold Werndl der Stadt vermachten 472.000 Kronen. Das Gleiche geschah mit anderen wohltätigen monetären Zuwendungen und Stiftungen.<sup>26</sup> Gemeinderat Prof. Brand beklagt die Teuerung, das Ansteigen der Preise auf das Vierfache und erwartet für 1920 einen budgetären Abgang von etwa 17 Millionen Kronen. Die Sitzung vom 30.1.1921 verdeutlicht, wie sehr sich die Inflation beschleunigt hat, denn der Voranschlag für 1922 sieht bereits bei einem Erfordernis von ca. 212 Millionen Kronen einen Abgang von ca. 87 Millionen Kronen vor.<sup>27</sup>

Am 15.12.1922 fordert Vizebürgermeister Mayrhofer, dass im Parlament etwas für die Ausgesteuerten unternommen werde, es gehe nicht an, dass diese Aufgabe den Gemeinden aufgehalst werde. „Um den elenden Bettel von 10.000 Kronen kann sich der

---

<sup>24</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 13.3.1920; S. 1,2

<sup>25</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 10.4.1920; S. 1-3

<sup>26</sup> Brandl, 1980 S.220

<sup>27</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 30.01.1921

ausgesteuerte Familienvater nicht einmal das trockene Brot für sich und seine Kinder verschaffen!“<sup>28</sup>

Am 9.2.1923 wird beschlossen, zur teilweisen Linderung der Not der arbeitslosen Familien und Ausgesteuerten 15.000 kg Kartoffeln und drei Waggons Kohle zur unentgeltlichen Verteilung anzuschaffen – Kostenpunkt: 21 Millionen Kronen.<sup>29</sup> Am 21.9.1923 berät der Fürsorgeausschuss und darin wird beschlossen, einen Kredit über 200 Millionen Kronen aufzunehmen, davon 50-60 Millionen für den Ankauf von Schuhen für Kinder Arbeitsloser und 50 Millionen für Brennmaterial.<sup>30</sup> Dazu im Vergleich die finanzielle Lage der in städtischer Versorgung stehenden Arbeiter (nachdem kurz zuvor 3600 Arbeiter von den Steyr-Werken entlassen worden waren): Sie erhielten an monatlicher Pension 1.700 bis maximal 6.000 Kronen.<sup>31</sup>

Mit der Währungsreform vom März 1925 werden 10.000 Kronen zu einem Schilling konvertiert, die Zeit der Inflation endet und weicht einer Phase der Währungsstabilität. Die Folge war eine Phase der Rezession und schrumpfender Wirtschaftsleistung, denn das ökonomische Prinzip des *deficit spending* nach John Maynard Keynes war noch nicht in Verwendung.

### 3.3 Wohnungsnot und Barackenelend

Der Erste Weltkrieg führte zu einem enormen Aufschwung der Steyrer Waffenproduktion und einem starken Bedarf an Arbeitskräften. Diese wurden überwiegend in behelfsmäßigen Barackensiedlungen untergebracht, die mit Kriegsende zu einem unerwünschten Dauerzustand wurden, da die Stadt keine Mittel für den Wohnbau zur Verfügung hatte, wie Auszüge aus den Ratsprotokollen belegen können:

Am 16.6.1922 referiert Gemeinderat Prof. Brand über Baracken am Ramingsteg und führt aus:

„Das Wohnungselend in der Stadt Steyr ist so außerordentlich groß und es ist geradezu himmelschreiend, in welchem Zustande sich viele Wohnungen befinden,

---

<sup>28</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 15.12.1922; S. 2

<sup>29</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 9.2.1923; S. 13

<sup>30</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 21.9.1923; S. 11-13

<sup>31</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 28.4.1924; S. 16

sodass eine rascheste Abhilfe für die Bewohner der Baracken von unabweislicher Notwendigkeit ist.“<sup>32</sup>

Vizebürgermeister Mayrhofer ergänzt hierzu, eine Kommission habe die Situation vor Ort geprüft und es erstaunlich gefunden, dass es überhaupt denkbar sei, in solchen Baracken zu wohnen: „Wenn in Bälde nichts geschieht, wird es zu einer Katastrophe kommen. Der nächste Schneefall wird die Baracken eindrücken und hunderte Personen unter sich begraben.“<sup>33</sup>

Gemeinderat Saiber am 16.4.1923:

*„Wir haben die Verwaltung in mittelalterlichem Zustand übernommen. Das furchtbarste Erbe war die Wohnungsnot. Wie in allen Städten, in denen nur die Bürgerlichen auf Grund eines privilegierten Wahlrechtes geherrscht haben, war auch in Steyr die Wohnungsnot ungemein drückend. Die früheren Machthaber hatten auf diesem Gebiet so gut wie nichts getan. Die Not der Arbeiter hatten sie nie am eigenen Leib verspürt.“<sup>34</sup>*

Sieben Jahre später, am 20.12.1930, kommt Vize-Bürgermeister Messenböck zu dem ernüchternden Ergebnis, dass für zahlreiche dringende Maßnahmen kein Geld da sei, darunter „Beseitigung des Barackenelends und der Wohnungsnot.“<sup>35</sup> Dazu passend ein Ausschnitt aus dem *Elendsprospekt* des Fürsorgebeauftragten Vizebürgermeister Anton Azwanger vom 29.12.1931:

*„Man preist Steyr oft als schöne alte Stadt und nennt es das Schmuckkästchen Oberösterreichs, eine Perle im Kranze der Städte Österreichs. Wie wäre es, wenn man einmal einen Elendsprospekt über Steyr verfasste und ihn den Zentralbehörden vorlegte! Oder wenn man so einem verzückten Fremden statt der Höfe, statt des Bummerlhauses und statt der auch schon brüchig gewordenen Gotik der Pfarrkirche einmal das mindestens ebenso monumentale Elend in der Stadt Steyr*

---

<sup>32</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 16.6.1922 S. 1

<sup>33</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 16.6.1922 S. 2

<sup>34</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 16.4.1923 S. 3

<sup>35</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 20.12.1930 S. 19-21

*schauen lassen würde! Einmal alle Vorhänge wegnehmen und unverhüllt die nackte Not zeigte.*

*Ich weiß eine Barackenwohnung, das heißt einen Raum in einer Baracke, 4x3 Meter, bewohnt von sieben Personen. Der Boden zerfasert, durchgetreten, sodass zur Sommerszeit das Gras in üppiger Fülle aus ihm sprießt. Jedenfalls gedeiht es in der Stickluft von Spülwasser, menschlicher Ausdünstung und dem Gestank des Waschtroges besser als die fünf Kinder der Familie.<sup>36</sup>*

### 3.4 Armutsbekämpfung durch die Stadtverwaltung

Die Stadt versucht das Problem von mehreren Seiten anzugehen. Zum einen wird – weitestgehend vergeblich – versucht, den Bund und das Land Oberösterreich zu sozialgesetzlichen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu bewegen, zum anderen zu Investitionen zwecks Arbeitsbeschaffung. Aus den Appellen zur Schaffung von Arbeit im Rahmen der *produktiven Arbeitslosenfürsorge* stechen die Aufnahme der Bahnbauten in Steyr und Garsten sowie Ausbau der elektrischen Bahn Sankt Florian – Steyr,<sup>37</sup> Instandsetzungen, Straßenbau, Wohnungsbau als Barackenersatz<sup>38</sup> und später der Ausbau der Voralpenbundesstraße hervor.<sup>39</sup>

Die Klagen darüber, dass von Bund und Land keine Hilfe komme, also über die Benachteiligung im Finanzausgleich, finden sich nahezu in jedem Ratsprotokoll, je nach Parteizugehörigkeit mehr oder weniger drastisch formuliert.

Die Abgaben, das Hauptinstrument zur Finanzierung des städtischen Finanzbedarfs, blieben trotz aller Bemühungen und Erhöhungen völlig hinter den Erwartungen zurück. Als Beispiel für die Abgabenflut sei auf das Ratsprotokoll vom 16.4.1923 verwiesen. Von 22 aufgelisteten Steuern seien herausgegriffen: Verbrauchsumlage auf Most und Bier sowie gebrannte geistige Flüssigkeiten, Verzehrsteuerabgabe auf Fleisch, Fremdenzimmerabgabe, Stromabgabe, Kraft- und Kutschenwagensteuer, Pferdsteuer, Plakatsteuer.<sup>40</sup>

---

<sup>36</sup>Steyrer Ratsprotokoll vom 29.12.1931 S. 34 ff.

<sup>37</sup>Steyrer Ratsprotokoll vom 9.2.1923 S. 6

<sup>38</sup>Steyrer Ratsprotokoll vom 21.9.1923 S. 11-13

<sup>39</sup>Steyrer Ratsprotokoll vom 21.2.1931

<sup>40</sup>Steyrer Ratsprotokoll vom 16.4.1923 S. 11

Am 28.3.1930 resümiert Finanzreferent Bürgermeister Sichlrader, dass es gelungen sei, einen geringfügigen Gebarungüberschuss zu erzielen, aber nur durch starke Drosselung der Fürsorgetätigkeit und dass damit der Haushalt keineswegs saniert sei. In der Ratssitzung vom 29.12.1931 zieht Bürgermeister Sichlrader traurige Bilanz: Alle Abgaben und Steuern würden 1932 im Vergleich zu 1929 drastisch zurückgehen, und zwar von 1.833.764,67 Schilling auf 1.064.900 Schilling. Dazu komme ein zu erwartender Lohnabgabenausfall von fast 500.000 Schilling, da die Steyr Werke so viele Mitarbeiter abgebaut hätten.<sup>41</sup>

Tatsächlich war die Lohnabgabe stets die wichtigste Finanzquelle der Stadt. Damit war die wirtschaftliche Situation der Stadt untrennbar mit der Lage in den Steyr-Werken verknüpft. Waren 1914 bereits 14.000 Leute eingestellt<sup>42</sup>, so fluktuierte der Personalstand in den folgenden zwei Jahrzehnten stark und so waren etwa um die Jahreswende 1933/34 kaum 1000 Arbeiter in allen Abteilungen beschäftigt.<sup>43</sup> Dies verdeutlicht, dass es der Stadt nahezu unmöglich war, verlässliche Budgetpläne zu erstellen. Die Budgets werden zu Gunsten der Fürsorgemaßnahmen überzogen und die Stadt macht Schulden. Ferner wird so gut wie alles verkauft, was an Vermögenswerten vorhanden ist, beispielsweise das Spital an das Land OÖ.<sup>44</sup>

Die Krisensitzung zur Finanzlage vom 20.06.1930, die sich gemäß Punkt 3 der Tagesordnung ausschließlich mit Maßnahmen zur Linderung der tristen Finanzlage befasst, ist von der auf Seite 7 formulierten positiven Erwartungshaltung an den Bund geprägt. Sie beruht auf dem als sehr positiv empfundenen Besuch des Bundeskanzlers Dr. Johann Schober am 29.03.1930 in Steyr. Er sei der erste Kanzler, der die Sorgen der Stadt gewürdigt habe.<sup>45,46</sup>

Darin wird Folgendes beschlossen:

- a Übertragung der bisher in Gemeindekompetenz befindlichen polizeilichen Agenden an die Bundespolizei am 01.07.1930. Bemerkenswert ist, dass die

---

<sup>41</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 29.12.1931 S. 18

<sup>42</sup> Brandl, 1980 S. 92

<sup>43</sup> Brandl, 1980 S. 95

<sup>44</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 29.12.1928 S. 29

<sup>45</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 20.6.1930 S. 7

<sup>46</sup> Brandl, 1980 S. 17

kommunistische Vertretung im Gemeinderat dringend vor diesem Schritt warnte, mit der Begründung, dass damit der Weg für den Faschismus geebnet werde.<sup>47</sup>

- b Übergabe der Durchzugsstraßen in die Bundesverwaltung, wobei der der Bund darauf besteht, dass der Brückenbau weiterhin Gemeindesache bleibe.<sup>48</sup>
- c Unentgeltliche Übertragung von etwa 20.000 bis 22.000m<sup>2</sup> zum Werndlschlössl gehörigen Grundes an den Bund zwecks Errichtung einer Bundesmittel- und Handelsschule, wobei das Bundesministerium für Unterricht und Finanzen volles Verständnis für genanntes Projekt signalisiert und das Grundstück für geeignet erklärt hat. Begründet wird der Beschluss mit dem desolaten Zustand der bestehenden Bundesoberrealschule und damit verbunden der Hoffnung auf Arbeitsbeschaffung durch baldigen Baubeginn.<sup>49</sup>

Allerdings ist die Hoffnung auf Schulneubau vergebens, denn Dr. Schober muss am 25.9.1930 zurücktreten, nachdem er sich beim Versuch, Heimwehr und Schutzbund zu entwaffnen, mit den Christdemokraten überworfen hat. Tatsächlich erzielt der Gemeinderat erst am 31.03.1966 eine Einigung mit dem Bund, damit dieser eine Höhere Allgemeinbildende Schule errichte.

Sämtliche Eigeninvestitionen stellen sich als Fiasko heraus. So beschließt der Gemeinderat am 9.10.1925 die Aufnahme eines 150.000 Golddollarkredites bei der Landeshypothekenanstalt.<sup>50</sup> Damit sollten die Ansiedlung von Gewerbebetrieben und der städtische Busbetrieb GESTE (Gemeinde Steyr) finanziert werden. Am 29.12.1928 spricht Finanzreferent Bürgermeister Sichlradner von einem Schicksalstag für die Kommunalpolitik Steyrs und führt zur Begründung unter anderem aus, man habe sich leider auf einen 150.000 Golddollarkredit eingelassen, um Unternehmensgründungen zu fördern. Dies sei misslungen, das Geld höchstwahrscheinlich verloren.<sup>51</sup>

Die folgenden Jahre sind bestimmt durch das Spardiktat auf allen Ebenen, angefangen von Lohn- und Gehaltskürzungen bei den städtischen Bediensteten und Funktionsträgern. Daneben wird auf Investition in Infrastruktur und Instandhaltung

---

<sup>47</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 20.6.1930 S. 3 ff.

<sup>48</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 20.6.1930 S. 8

<sup>49</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 20.6.1930 S. 11,12

<sup>50</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 9.10.1925 S. 15,16

<sup>51</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 29.12.1928 S. 9

weitestgehend verzichtet und wiederum sind die Fürsorgeausgaben am stärksten betroffen.

### 3.5 Besondere Fürsorge- und Spendenaktionen

Aufgrund des Mangels an umfassenden sozialrechtlichen Ansprüchen für Arbeitslose und Bedürftige, wie sie heute in Österreich als selbstverständlich erachtet werden, waren betroffene Personengruppen besonders angewiesen auf außerordentliche öffentliche wie auch private Zuwendungen. Besondere Bedeutung hatten dabei kirchliche Institutionen wie die Kreuzschwestern, welche vornehmlich Kleinkinder betreuten, der Kolpingverein, der Katholische Frauenverein, der Vinzenzverein, das Kirchliche Armeninstitut der Stadtpfarre St. Michael, das Waisenhaus St. Anna, die Barmherzigen Schwestern, der Verband katholischer Hausgehilfinnen und die Franziskaner, welche 1928 im Schloss Voglsang ein Knabenkonvikt mit Hauptschule errichteten.<sup>52</sup>

Neben der seelsorgerischen, schulischen und gesundheitlichen Betreuung waren in allen Pfarren Hilfsaktionen üblich, wie sie ausführlich bezüglich evangelischer Aktivitäten im Kapitel zum Engagement Hugo Fleischmanns beschrieben werden.

Zahlreiche Hilfsaktionen ergeben sich aus den Ratsprotokollen. Am 25.7.1919 wird die Aktion „Kinder aufs Land“ erwähnt, mit der über 80 Kinder für vier Wochen in umliegenden Gemeinden untergebracht werden. Ein ärztlicher Befund ist für das Auswahlverfahren maßgebend. Außerdem wird berichtet, dass es durch eine amerikanische Hilfsaktion möglich ist, ab 24.6.1919 täglich 1000 Schulkinder mit einer Jause zu betei­len.<sup>53,54</sup> Am 13.12.1919 ist unter anderem der Ankauf von Strohschuhen für Schulkinder geplant, was aber wegen Zweifeln an deren Qualität fallen gelassen wird.

Am 24.3.1920 beschreibt Gemeinderat Prof. Brand anschaulich die Vorzüge der amerikanischen Hilfsaktion, von der nicht nur Kinder profitieren, sondern auch stillende Mütter und Jugendliche, auch durch Verteilung von Schuhen und Bekleidung. Auf die Verteilung von Lebensmitteln, Brennmaterial und Schuhen für Bedürftige wurde bereits

---

<sup>52</sup> Brandl, 1980 S. 271 ff.

<sup>53</sup> Brandl, 1980 S. 13

<sup>54</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 25.7.1919 S. 8

im Abschnitt über die Inflation hingewiesen. Derartige Aktionen finden sich in zahlreichen Ratsprotokollen.

Am 15.10.1924 werden für Lehrmittel an Bedürftige in den städtischen Schulen 60 Millionen Kronen bewilligt.<sup>55</sup> Am 21.11.1930 wird erwähnt, dass seit 30.4.1930 eine Suppenaktion in Gang ist, für die bereits 800 Kinder eingeschrieben sind. Hervorgehoben wird, dass dies viel mehr als in früheren Jahren sind, was beweist, dass solche Aktionen auch in früheren Jahren üblich gewesen sind.<sup>56</sup>

Im Ratsprotokoll vom 30.12.1932 berichtet Vizebürgermeister Azwanger über die diesjährige Winterhilfe:

*„An der Ausspeiseaktion, die sich in den Räumen der Kantine der Steyr-Werke befindet, nehmen rund 1700 Personen teil. [...] An der Kindermilchaktion nehmen ca. 900 Kinder teil. Sie erhalten täglich während des Vormittagsunterrichts einen Viertelliter Milch und ein ausgiebiges Stück Brot. Unberücksichtigt mussten leider weitere 600 Kinder bleiben, deren Eltern noch wenigstens eine kleine Unterstützung haben und für deren Einbeziehung die Mittel fehlen.“<sup>57</sup>*

Am 29.4.1933 gibt Vizebürgermeister Azwanger neuerlich einen Überblick über die abgelaufene Winterhilfsaktion. Sie umfasste Ausspeise- und Schulmilchaktion, Fleisch- und Käseaktion, die Ausgabe von verbilligter Milch und Brot, wie eine Bekleidungsaktion, daneben die Aktion *Eins geht mit*, bei der eine nicht notleidende Familie ein bedürftiges Kind mit verköstigt.

„Die Ausspeiseaktion setzte mit 28. November 1932 ein und dauerte bis 31. März 1933. Es wurden durch 124 Tage 1611 Personen täglich mit je einer warmen Mahlzeit bedacht. 1931 waren es noch 152 Tage mit durchschnittlich 586 Personen. Im heurigen Jahre wurden 199.829 Portionen (1931 sind es 89.034) verabreicht.“ Dann zählt er eine lange Liste von Spendern auf.

Mit der Schulmilchaktion konnten rund 900 Kinder durch 90 Tage mit Milch und einem ausgiebigen Stück Brot versorgt werden.

---

<sup>55</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 15.10.1924 S. 6/7

<sup>56</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 21.11.1930 S. 3

<sup>57</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 30.12.1932 S. 22

Dank der oberösterreichischen Landesregierung wurde auch Steyr in die Fleischaktion einbezogen und so konnten 5.500 kg Fleisch zum Kilopreis von 80 Groschen abgegeben werden. An verbilligtem Käse wurden rund 5.000 Portionen verkauft.

Am 24.2. 1933 setzte auch die Ausgabe von verbilligter Milch und Brot ein. Diese Aktion laufe weiter.

Für die Kohleaktion wurden 452.200 kg Kohle gespendet, 440.000 allein durch die Landesregierung. Fast 50% davon wurden durch Freischichten bereitgestellt, die die Arbeiter des Kohlereviere Wolfsegg zu Gunsten der Notstandsgebiete durchführten. Diese Heizmaterialien wurden an 8.600 Personen verteilt. Zudem liefen seit Beginn der Winterhilfe (1931) S 160.927,67 an Spenden ein.<sup>58</sup> Dies ist sicherlich einer der anschaulichsten Berichte über Hilfsaktionen und doch nur ein Bruchteil der in den Ratsprotokollen enthaltenen.

Abschließend ein Auszug aus der Festrede von nunmehr Stadtrat Anton Azwanger vom 06.04.1946 (Zahl 184/Präs. 1946) Enrica Handel-Mazzetti, Verleihung der Ehrenbürgerwürde: „Unsere Stadt dankt der Dichterin vieles! [...] Die Dichterin hat in den Notjahren um 1930 fast 500 armen Steyrer Kindern einen langen Erholungsaufenthalt im Auslande ermöglicht. Sie hat damit bewiesen, dass sie wahrhaftig eine Kunderin nicht nur, sondern eine Praktikerin wahrer Menschlichkeit ist.“

Demgemäß wurde ihr bereits 1931 der Straßename Handel-Mazzetti-Promenade gewidmet.<sup>59</sup>

### 3.6 Not und Elend

Die Jahre von 1929 bis 1934 waren zweifellos die schlimmsten Hunger-, Not- und Elendsjahre in der langen Geschichte der Stadt Steyr. Die Ratsprotokolle dieser Jahre zeugen deutlich von diesem Zustand, also genügen jene Zahlen, die Bürgermeister Franz Sichlradner und der Fürsorgereferent Vizebürgermeister Anton Azwanger am 29.12.1931 zur Armenfürsorge präsentieren: Demnach seien 1100 Steyrer ohne jegliches

---

<sup>58</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 29.4.1933 S. 7 ff.

<sup>59</sup> Stadt Steyr , [www.steyr.at](http://www.steyr.at), kein Datum, letzter Zugriff 18.09.2023

Einkommen und in Fürsorge, insgesamt seien 11.570 von 22.000 Einwohnern gezwungen, öffentliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.<sup>60, 61</sup>

In der gleichen Krisensitzung verweist Bürgermeister Sichlradner auf die radikalen Einschränkungen der letzten drei Jahre, (Personalabbau, Veräußerung kostbaren Gemeindegutes und Verstaatlichung der Polizei), sodann die Fortschritte in den Verhandlungen mit Kanzler Dr. Schober, die durch den Regierungswechsel im Herbst 1930 zunichte gemacht wurden, sowie die Absendung von 34 Deputationen an den Bund, „für die die Regierung nur ein Achselzucken übrig hat“. Damit sei der Zusammenbruch der zweitgrößten Stadt Oberösterreichs Gewissheit, denn es gebe keine realisierbare Masse. Wörtlich weiter:

*„Seit fast sieben Jahren geht der zermürbende Kampf um die Einsicht bei den Zentralbehörden, seit fünf Jahren habe ich bei jeder Budgetberatung auf die drohende Katastrophe hingewiesen, bei jeder Städtetagung habe ich Gelegenheit genommen, Not und Elend dieser Stadt zu schildern. Von kleinen Erfolgen abgesehen ist man höheren Ortes mit geradezu zynischem Gleichmut über die erbarmungswürdige Lage unserer Stadt hinweggegangen. [...] In einer Stadt, in der 54% der Bevölkerung von Unterstützung leben, kann von einer gesunden Gemeindeverwaltung keine Rede sein. Mit den Steyr-Werken lebt und stirbt diese Stadt.“<sup>62</sup>*

„Folglich musste die Gemeinde in der gleichen Sitzung den Bankrott erklären, den sie am 30. Dezember der Bundesregierung bekanntmachte.“<sup>63</sup>

Dann ergreift Vizebürgermeister Azwanger nochmals das Wort und verliest ein *Elendsprospekt*, hier abzüglich der oben zum Barackenelend zitierten Passagen wiedergegeben:

*„So wohnen in unserer Stadt Menschen (siehe oben). Warum kündigt kein Buch dieses grauenhafte Elend? Warum führt niemand die fremden Besucher unserer Stadt in diese lichtlose, hoffnungsleere Not?“*

---

<sup>60</sup> Brandl, 1980 S.18

<sup>61</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 29.12.1931 S. 36, 37

<sup>62</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 29.12.1931 S. 13

<sup>63</sup> Brandl, 1980 S.17

*Opfer dieser Krise stehen in der Fürsorge der Gemeinde und bekommen soweit sie ledig sind pro Woche drei Schilling, auf den Tag gerechnet macht das 42 Groschen. Verheiratete und Familienversorger bekommen je nach Kopfzahl vier bis acht Schilling, auf den Tag gerechnet nicht einmal 30 Groschen. [...]*

*Das sind keine Unterstützungen, sondern Hohn auf die Not [...] Kein Wunder, dass unter solchen Umständen die Geisel aller Krankheiten, die in der Not in Fülle keimen, Tausende und Tausende schlagen. Genau 50% aller Auslagen [...] im Gesundheitswesen fordern die Kosten für Tuberkulosefürsorge. Die TBC ist der Würger der Kinder und der Jugend! [...] Fast 90% der Kinder in Steyr sind schwer unterernährt und damit wohl disponiert für alle Krankheiten [...] Dass in Steyr hunderte von Kindern leben, die einmal des Tages leeren Tee als einziges Essen haben, ist leider ebenso wahr wie es hunderte Kinder gibt, die keine eigene Schlafstelle haben.*

*Es gibt Kinder, die die Schule nicht besuchen können, weil sie keine Kleider haben und hunderte Kinder, die bloß einen Wunsch haben: wenn sie schon den Magen nicht satt haben können, wenigstens Wärme zu haben und denen das Schulzimmer in erster Linie der geheizte Raum ist und als Stätte der Bildung erst viel später rangiert. Es gibt in dieser Stadt Menschen, die tagelang im Bett bleiben müssen, weil sie ohne Heizmaterial sind, weder warme Kleider noch Schuhe haben. Es gibt Familien mit Kindern, deren einzige Nahrung seit Monaten dünne Wassersuppe ist, weil sie nicht einmal Kartoffeln kaufen können. Von Brot und Milch gar nicht zu reden.*

*Mehr als die Hälfte der Bewohner sind also ausgeschaltet aus Arbeit und Verdienst, sind durch die Not ferngehalten vom normalen Verbrauch und drücken so doppelt das Wirtschaftsleben: [...] der Verdienst, den sie vor kurzem noch hatten, entgeht dem Wirtschaftsleben. So fordert die Not immer neue Opfer, die über das Industrieproletariat hinaus reichen, dem ehemaligen Mittelstand*

*angehören [...] Kein Wunder, wenn die hiesige Geschäftswelt ebenso dem Ruin zu verfallen droht wie die dem Arbeiterstand angehörige Bevölkerung. Und ein Ende des Ansteigens des Elends ist immer noch nicht abzusehen.*

*[...]*

*Wahrlich – unsere Stadt ist des Elends übervoll!“<sup>64</sup>*

Diese Rede löst nationale und internationale Reaktionen aus und führt dazu, dass sich Anton Azwanger in der nächsten Gemeinderatssitzung von bürgerlichen Vertretern dem Vorwurf ausgesetzt sieht, die Krise über Gebühr dramatisiert und damit den Ruf Steyrs beschädigt zu haben.<sup>65</sup>

Die Wiener Sonn- und Montagszeitung bringt als Folge der Bankrotterklärung vom 29.12.1931 nach eigenen Recherchen unter dem Titel „Die Industriestadt ist zur Hölle von Steyr geworden“ einen reißerischen Bericht über die Leiden der Bevölkerung. Diese Reportage ging um die ganze Welt und wurde in vielen renommierten Tageszeitungen nachgedruckt.<sup>66</sup> So berichtet eine amerikanische Zeitung unter dem Titel „Österreichs Detroit verhungert“, von der „malerischen Stadt des Elends und des Hungers“, selbst die „Neger am Kongo“ seien besser dran als die Bewohner dieser Stadt.<sup>67</sup>

---

<sup>64</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 29.12.1931, S. 36,37

<sup>65</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 11.04.1932 S. 21

<sup>66</sup> Fehring, 2023 S.28

<sup>67</sup> Brandl, 1980 S. 17

In den Folgejahren bis zu den Unruhen des Februar 1934 versucht die Stadtverwaltung jede erdenkliche Einsparung und die kommunale Tätigkeit wird auf ein Mindestmaß eingeschränkt. Im Februar 1933 werden in den städtischen Schulen Kälteferien verord-

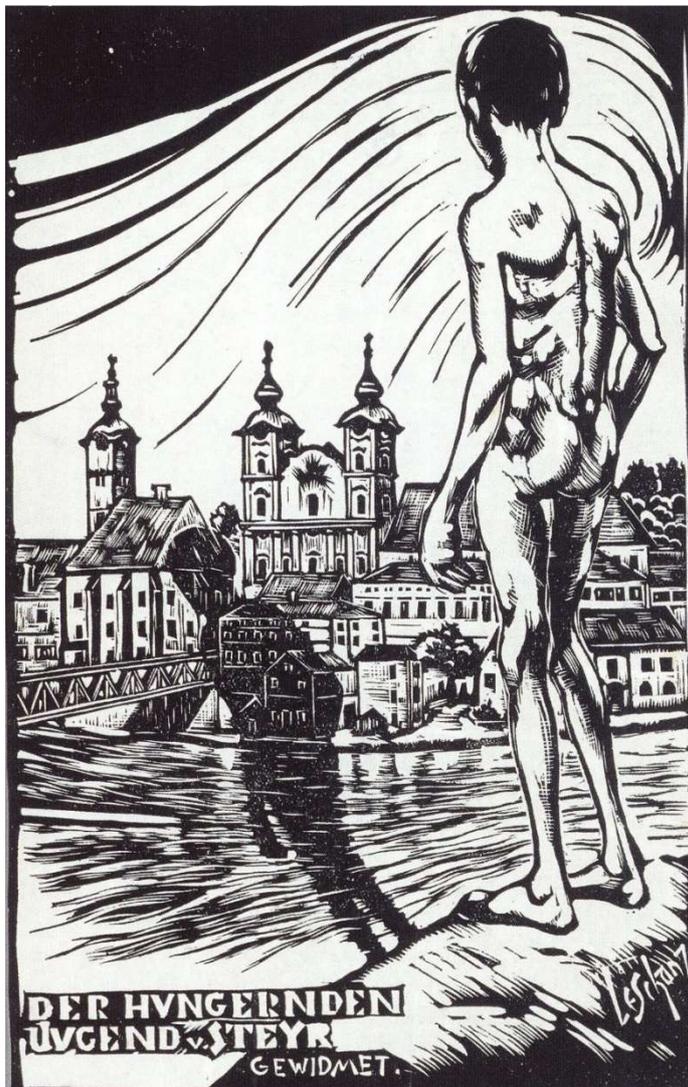


Abbildung 1 „Der Hungernden Jugend von Steyr gewidmet“

demonstrieren Jugendliche mit Parolen wie „Wir haben Hunger!“. In der Gemeinderats-sitzung vom 29.12.1933 wird berichtet, dass die Fürsorgeausgaben 64% aller Einnahmen

net, weil die Heizkosten für die Stadt nicht aufzubringen sind. Von 28.11.1932 bis 31.03.1933 werden im Rahmen der Ausspeiseaktion an durchschnittlich täglich 1611 Personen versorgt und insgesamt nahezu 200.000 Portionen Essen ausgegeben.

Die Tatsache, dass die Steyr-Werke 1929 noch 21 Millionen Schilling an Gehältern zahlten, 1932 jedoch nur mehr 5,5 Millionen Schilling, verdeutlicht die Verarmung der Bevölkerung und den Mangel an Lohnabgaben für die Stadt.<sup>68</sup> Vermehrt wird „gegen die Hungerpolitik der bürgerlichen Regierungsmehrheit im Nationalrat“ demonstriert. Am 05.04.1933

<sup>68</sup> Brandl, 1980 S. 18

der Stadt umfassen.<sup>69</sup> Im September 1932 beträgt die Anzahl an vorgemerkten Arbeitssuchenden 3228 Männer und 991 Frauen, 1080 Personen werden bis zu 30 Wochen unterstützt und 2456 Personen beziehen eine Notstandsaulhilfe.<sup>70</sup>

Zunehmend aggressive Aktionen der Polizei wie Hausdurchsuchungen nach angeblich vom Republikanischen Schutzbund versteckten Waffen verstärken die explosive Stimmung in der Arbeiterschaft. Die Ausschaltung des Parlaments und Aushebelung der Demokratie in Österreich am 04.03.1933 führt zu einem Protest der sozialdemokratischen Gemeinderäte im Stadtrat.<sup>71</sup> Eine weitere Waffensuche im Linzer Hotel Schiff am Morgen des 12.02.1934 führt schließlich zu den bürgerkriegsähnlichen Unruhen vom 12. bis zum 14. Februar 1934, von denen auch die Stadt Steyr schwer betroffen ist.

### 3.7 Vom Bürgerkrieg bis zum Anschluss

Nach den Februarkämpfen wird Bürgermeister Sichrader wegen seiner Involvierung in Haft genommen und Regierungskommissär Dr. Florian Hirtmayr übernimmt den Vorsitz im Gemeinderat.

In der Ratsversammlung vom 05.06.1934 betont auch er: „Sollte dies (die Sanierung) mit Hilfe von Bund und Land nicht gelingen, [...] dann dürfe man auch vor [...] dem Konkurse der Stadtgemeinde nicht zurück schrecken.“<sup>72</sup> Am 26.06.1934 berichtet der Finanzreferent Dr. Josef Walk, „dass Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleissner das ernste Bestreben hat, der Stadt Steyr zu helfen.“<sup>73</sup>

Am 17.11.1934 wird Dr. Josef Walk zum Bürgermeister gewählt und erklärt am 26.04.1935, dass keine Besserung der Finanzlage eingetreten sei, da der Arbeiterstand in den Steyr-Werken keine Erhöhung erfahren habe und die von Bund und Land erhoffte Unterstützung bis heute ausgeblieben sei. Ursache der Finanznot seien demnach der Schuldendienst, der Personaletat und die Fürsorgelasten. Letztere seien abnormal hoch und es sei unmöglich, dass mehr als ein Drittel der Bevölkerung von den übrigen

---

<sup>69</sup> Brandl, 1980 S. 19

<sup>70</sup> Brandl, 1980 S.20

<sup>71</sup> Brandl, 1980 S. 19

<sup>72</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 5.6.1934 S. 19

<sup>73</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 26.6.1934

Bewohnern fürsorglich erhalten werden könne.<sup>74</sup> Zwei Jahre später, am 02.12.1936, beklagt Bürgermeister Dr. Walk immer noch zirka 5000 Bedürftige in der Stadt.

Am 01.03.1937 setzt sich Bürgermeister Dr. Walk in einer Grundsatzrede aus Anlass der Präsentation einer Reform der Kommunalsteuern mit der traurigen Finanzlage der letzten 13 Jahre auseinander.

Dabei rechnet er zunächst mit der Industriearbeiterschaft ab, die seit 15 Jahren die Stadtgemeinde desolat verwaltet habe, dann aber auch mit den bürgerlichen Kreisen, die in wirtschaftlich glücklicheren Zeiten eine ausgesprochen reiche Stadt hinter sich hatten und dennoch „für die kommunalen Verhältnisse in der Stadt rein nichts übrig hatten.“<sup>75</sup> In diesem Zusammenhang zählt er Versäumnisse auf wie den Straßen- und Wohnungsbau, Wasser- und Gasversorgung, Kanalisation und Elektrizität sowie das Fehlen einer Friedhofshalle und eines Schlachthauses. „Ohne die Säumigkeit dieser Vorkriegsgeneration und ohne die Unfähigkeit und Verantwortungslosigkeit der Nachkriegswirtschaft würde das Finanzproblem der Stadt Steyr wahrhaftig nicht bestehen.“<sup>76</sup>

Sodann hebt er die positive Entwicklung hervor. Dank Intervention von Bund und Land sowie den Bemühungen von Generaldirektor Ing. Götzl sei es Ende 1934 nicht nur gelungen, die Liquidierung der Steyr Werke abzuwenden, sondern auch einen gewaltigen Aufschwung des Unternehmens herbeizuführen. Dadurch konnte der Anteil an öffentlich Befürsorgten von über 50% auf 25 % gesenkt werden. Der Fleischkonsum sei inzwischen um 80 % höher als 1932.

Mit diversen Investitionen und Arbeitsbeschaffungsprogrammen (beispielsweise dem Bau von Arbeiterwohnungen gegen das Barackenelend, Straßenbau, Kanalisation und Wasserversorgung) habe man für die Arbeiterinteressen viel getan. Der Durchschnittslohn in den Steyr-Werken liege bei männlichen Arbeitern bei S 1,42 und bei weiblichen Arbeitern bei S 0,82, womit sie zu den Bestverdienern in ganz Österreich zählten.

---

<sup>74</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 26.4.1935 S. 21

<sup>75</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 1.3.1937 S. 3, 4

<sup>76</sup> ebd

Dass sich die Bevölkerung seit Februar 1934 absolut ruhig und diszipliniert verhalten habe, könne somit als Erfolg der Gemeindeverwaltung in Anspruch genommen werden, sei doch Steyr zuvor die Hochburg des Austromarxismus gewesen.<sup>77</sup>

Mit genannten Entwicklungen bis März 1938 konnte die Zeit des größten Elends überwunden werden, es folgte eine kurze Phase des Aufschwungs, die aber bald durch Tod und Zerstörung während des Zweiten Weltkrieges ein Ende fand.

---

<sup>77</sup> Steyrer Ratsprotokoll vom 1.3.1937 S. 5 ff.

## 4 Leben und soziales Engagement von Pfarrer Hugo Fleischmann

### 4.1 Die evangelische Kirchenverfassung

Die Pfarrgemeinden sind demokratisch organisiert, alle sechs Jahre werden Gemeindevertreter gewählt, diese wählen aus ihrer Mitte das Presbyterium, welches vor allem die weltlichen Angelegenheiten der Pfarrgemeinde leitet. Den Vorsitz hat der Kurator, der für die Pfarrgemeinde zeichnungsberechtigt ist. Auch der Pfarrer wird von der Gemeinde gewählt und seine Bestellung erfolgt durch den Oberkirchenrat. Der Pfarrer ist Mitglied des Presbyteriums und gemeinsam mit dem Presbyterium verantwortlich für die geistlichen Belange der Pfarrgemeinde.<sup>78</sup>

### 4.2 Die evangelische Gemeinde A.B. Steyr und ihre soziale Bedeutung

Die evangelische Pfarrgemeinde Augsburgers Bekenntnisses von Steyr ist eine Diasporagemeinde, worunter man eine zumeist verstreut lebende religiöse Minderheit in einem mehrheitlich von einer anderen Religion dominierten Gebiet versteht. Bei einem Kongress zum Finanzwesen der evangelischen Kirche in der Ostmark am 12.10.1941 wird unter Punkt V. auf die Diasporakirchen als Finanzproblem eingegangen und die Gemeinde Steyr als Paradebeispiel beschrieben.<sup>79</sup> Dabei werden nicht nur die Vielzahl von Predigtstellen und Unterrichtsstationen bei einer flächenmäßigen Ausdehnung von 1.300 km<sup>2</sup> hervorgehoben, sondern auch die teils enormen Entfernungen entlang großer Teile des Enns- und Ybbstals bis ins steirische Palfau. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die niederösterreichischen Gebiete der Gemeinde Amstetten übertragen, da sie in der russischen Besetzungszone lagen und von Steyr aus nicht betreut werden konnten.

Aus den Pfarrprotokollen erfährt man nicht allzu viel über die wichtigsten Sozialleistungen der Pfarrgemeinde. Dies dürfte dem Umstand zuzuschreiben sein, dass sie weitgehend von den in den Gremien der Pfarrgemeinde damals nicht vertretenen Frauen in die Tat umgesetzt wurden, nämlich Essens- und Kleiderausgaben sowie die Betreuung der Heimstätte für Kinder.

---

<sup>78</sup> Evangelische Kirchenverfassung § VIII 6/7

<sup>79</sup> Michael, 1941 S.10



### 4.3 Hugo Fleischmann

Hugo Fleischmann (\*27.01.1888) stammt aus Erlangen und ist mit Natalie, geborene Feldmann, verheiratet. Als er am 19.4.1914 zum evangelischen Pfarrer von Steyr gewählt wird, ahnen die beiden nicht, was die Zukunft für sie bereithält. Nicht nur, dass er eine schwierig zu betreuende Gemeinde übernimmt, bricht überdies nur wenige Monate später der Erste Weltkrieg aus. Vor den beiden liegt die längste Dienstzeit eines evangelischen Geistlichen in Steyr, nämlich bis zu seinem Ableben am 16.4.1946, nur Monate nach dem Ende des



Abbildung 3: Pfarrer Hugo Fleischmann<sup>1</sup>

Zweiten Weltkrieges. Zwischen den beiden Kriegen liegen die Mühen, Entbehungen und politischen Turbulenzen der von Not und Elend geplagten Stadt Steyr.<sup>81</sup> Wie aus den folgenden Seiten hervorgeht, setzte Pfarrer Fleischmann zahlreiche Aktionen, um die Not und das Leid der Steyrer Bevölkerung zu lindern.

Sein Sohn Axel, geboren am 28.3.1922, erliegt am 1.3.1936 einem Unfall, eine Tragödie, die weder seinen unerschütterlichen Glauben noch den aufopfernden Einsatz für seine Gemeinde bricht. Am 24.12.1930 wird Pfarrer Fleischmann bei einem Autounfall lebensgefährlich verletzt.<sup>82</sup>

Bei all seinem Handeln ist er stets vom Christentum der Tat geleitet. Natalie Fleischmann hält in der seinem Gedächtnis gewidmeten Schrift fest:

*Die Kriegszeit, die Nachkriegszeit und die folgenden Jahre – es wurden Jahrzehnte daraus - forderten vom Amt des Seelsorgers in Steyr Opfer über Opfer [...] das ihn trieb, in jede Not und jedes Leid hineinzuleuchten mit dem Christentum der Tat.[...] Gott weiß, wie viele Nächte kostbaren Schlafes ihn dies kostete.<sup>83</sup>*

---

<sup>81</sup> Dopplinger, 1998 S. 29

<sup>82</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 08.01.1931

<sup>83</sup> Fleischmann, 1946 S.7

Das Christentum der Tat bedeutet im Gegensatz zu kontemplativer Religionsausübung ein aktives Tun im Sinne der Nachfolge Christi. Dies gründet sich auf mehrere Stellen des Neuen Testaments, wovon Mt. 25, 35-40 hervorzuheben ist:

*Denn ich bin hungrig gewesen und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich bin durstig gewesen und ihr habt mir zu trinken gegeben. Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen. Ich bin nackt gewesen und ihr habt mich gekleidet. Ich bin krank gewesen und ihr habt mich besucht. Ich bin im Gefängnis gewesen und ihr seid zu mir gekommen. Dann werden ihm die Gerechten antworten und sagen: Herr, wann haben wir dich hungrig gesehen und haben dir zu essen gegeben? Oder durstig und haben dir zu trinken gegeben? Wann haben wir dich als Fremden gesehen und haben dich aufgenommen? Oder nackt und haben dich gekleidet? Wann haben wir dich krank oder im Gefängnis gesehen und sind zu dir gekommen? Und der König wird antworten und zu ihnen sagen: Wahrlich, ich sage euch: Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.<sup>84</sup>*

Ämter sind ihm nicht wichtig, so lehnt er auch die Bestellung zum Senior, einer Sprecherfunktion für mehrere Pfarrgemeinden, mit der Begründung ab, er eigne sich nicht zum Bürokraten und sei ohnehin mit seinen Aufgaben mehr als belastet.<sup>85</sup> Trotz all der Herausforderungen, die das Schicksal für ihn während der 32 Jahre seiner Amtszeit bereithält, verzweifelt er nie, opfert aber im Dienst seiner Pfarrgemeinde seine Gesundheit.

Im Jahr 1943 erleidet er einen Schlaganfall, der sein Sprachzentrum beeinträchtigt, was ihn als Mann des Wortes besonders schwer trifft. Am 24.4.1944 berichtet er dem

---

<sup>84</sup> Lutherbibel 2017, Deutsche Bibelgesellschaft Stuttgart, Mt. 25, 35-40

<sup>85</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 22.02.1942

Presbyterium, dass seine krankheitsbedingte dreimonatige Abwesenheit einen derartigen Arbeitsrückstand bewirkt habe, dass ihm die Ärzte nur den Dienstantritt gewähren würden, wenn er tatkräftige Hilfe durch einen Amtsbruder erhalte. Trotz gegebener Zusagen wartet er vergeblich auf Entlassung.<sup>86</sup> Bei der Sitzung am



Abbildung 4 Familiengrab der Familie Fleischmann

28.11.1945 ist er nicht mehr

anwesend. Pfarrer Hugo Fleischmann verstirbt nach einem weiteren Schlaganfall am 16.4.1946 im Evangelischen Krankenhaus in Linz. Seine letzte Ruhe findet er auf dem Evangelischen Friedhof in Steyr. Er hinterlässt eine Frau und zwei Kinder.

Zu Ehren seiner Verdienste um die Stadt Steyr wird im Juni 1979 eine Straße im Ortsteil Waldrandsiedlung nach ihm benannt. In der Begründung wird er als „Kämpfer und Linderer der Not der 30er Jahre“ beschrieben.<sup>87</sup>

#### 4.4 Das soziale Engagement Hugo Fleischmanns

Mit dem Ende des Krieges im November 1918 wurde die Industriestadt Steyr als Zentrum der Waffenproduktion wirtschaftlich schwer getroffen. Die Protokolle der Gemeindevertreter- und Presbytersitzungen der folgenden Jahre spiegeln die permanente Notlage der Pfarrgemeinde und ihrer Mitglieder wider. Nur wenige können die Kirchensteuer aufbringen, überdies verlassen viele die Heimat, daher ist die Pfarrgemeinde nicht in der Lage, die notwendigsten Personal- und Sachausgaben aus eigener Kraft zu bestreiten. Auch die Kredite, die zur Errichtung der Kirche und des Pfarrhauses im Jahre 1898 aufgenommen wurden, belasten bis zu ihrer inflationsbedingten faktischen Annullierung die Finanzen. Wie ein roter Faden ziehen

<sup>86</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 24.4.1944

<sup>87</sup> Stadt Steyr, [www.steyr.at](http://www.steyr.at), kein Datum, letzter Zugriff 24.08.2023

sich Bittbriefe an den Oberkirchenrat in Wien sowie in verschiedene Länder durch die Sitzungen.

#### 4.4.1 Auspeisungen

Auf Initiative von Pfarrer Fleischmann sind Schuh- und Kleiderspenden sowie die Auspeisungen die wichtigsten Hilfen und Unterstützungen der Gemeinde. Dazu berichtet der Kurator am 21.07.1931: „Das Pfarramt hat infolge der hereingebrochenen Krise und großer Entlassungen bei den Steyr-Werken eine Auspeisungsaktion eingerichtet, die von Glaubensgenossen aus Oberösterreich und der Schweiz unterstützt wurde. In der Zeit von Jänner bis Dezember 1930 wurden über 30.000 Mittagessen an Kinder und Lehrlinge, auch an Erwachsene, verabreicht. Die Kinder der Heimstätte wurden tagsüber betreut und ernährt.“<sup>88</sup>

#### 4.4.2 Vortragsreisen

In Anbetracht oben genannter Belastungen bemüht sich Pfarrer Fleischmann immer wieder, auf Vortragsreisen nach Deutschland und in die Schweiz Verständnis für die Nöte seiner Gemeinde zu wecken. Er muss ein wortgewaltiger Botschafter gewesen sein, denn nicht nur beim Zentralverband der Gustav-Adolf-Stiftung in Berlin, auch im fränkischen Bayern und bei den schweizerischen Glaubensbrüdern konnte er immer wieder namhafte Spenden erbitten.

Im Sitzungsprotokoll vom 27.05.1929 etwa gratuliert Kurator Eichler zum großen Erfolg seiner Vortragsreise und nennt als Ergebnis 2700 Reichsmark beziehungsweise 4390 Schilling. Vergleicht man dies mit der Entlohnung des Küsters mit S 30,-- monatlich und einer Gemeindeschwester mit S 150,-- (oder dem Kauf des Erdsegen-Grundstücks um S 2.700,--), so wird die Bedeutung dieser Hilfen für die Pfarrgemeinde und ihre Sozialmaßnahmen ersichtlich.<sup>89</sup>

Hervorzuheben ist, dass Pfarrer Fleischmann stets darauf bedacht ist, jeden Anschein persönlicher Vorteilnahme zu vermeiden. Er betont in der gleichen Sitzung, „dass er stets zur Bedingung gemacht habe, dass er persönlich nichts mit dem eingehenden Gelde zu

---

<sup>88</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 21.07.1931

<sup>89</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 27.05.1929

tun habe, [...] er habe treu seinem Grundsatz auch diesmal kein Geld persönlich in Empfang genommen, dieses werde direkt dem Presbyterium überwiesen.“<sup>90</sup>

Am 12.12.1929 lobt Kurator Eichler erneut das „außerordentlich beachtliche Ergebnis einer weiteren Vortragsreise“ und beantragt die Einstellung einer nunmehr leistbaren Religionslehrerin, da Pfarrer Fleischmann und seine Frau den Religionsunterricht in Steyr, Weyer und Waidhofen nicht bewältigen können.<sup>91</sup>

Am 16.01.1930 wird berichtet, dass „reichsdeutsche Freunde Pfarrer Fleischmann zur Bewältigung seiner Arbeit die Mittel für den Ankauf eines Autos zur Verfügung stellen werden.“ Dazu Pfarrer Fleischmann: „Der Gemeinde werden durch das Auto voraussichtlich keine Kosten erwachsen [...] und die mit Mitteln einer gesonderten Aktion zu errichtende Garage werde im Eigentum der Pfarrgemeinde stehen.“<sup>92</sup>

Seine Uneigennützigkeit ergibt sich auch aus dem Protokoll vom 01.07.1931. Da sich die Gemeinde die Entlohnung der Gemeindeschwester Emma Woitzuk nicht mehr leisten kann, entschließt sich Pfarrer Fleischmann, „um ihm und der Gemeinde diese wertvolle Kraft zu erhalten, bis auf weiteres auf jenen Teil seines Gehaltes zu verzichten, der notwendig ist, um Schwester Emma zu erhalten.“<sup>93</sup> Dazu passt ein Sitzungsprotokoll vom 04.09.1936, aus dem hervorgeht, dass in dieser Zeit des höchsten Schuldenstandes von S 48.200,-- die Gemeinde ihm gegenüber mit S 5500,-- an Gehaltszahlungen im Rückstand ist.<sup>94</sup>

---

<sup>90</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 27.05.1929

<sup>91</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 12.12.1929

<sup>92</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 16.01.1930

<sup>93</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 01.07.1931

<sup>94</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 04.09.1936

#### 4.4.3 Kinderverschickungen

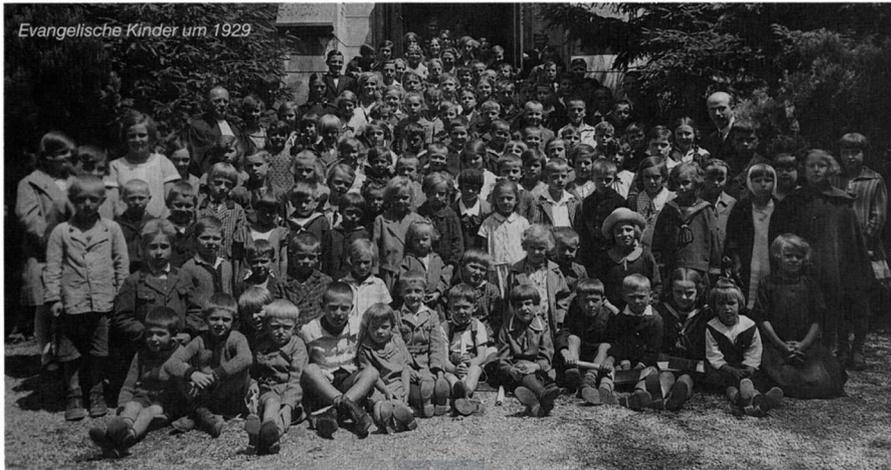


Abbildung 5 Evangelische Kinder um 1929

Von großer Bedeutung sind die Kinderverschickungen, auf die Kurator Vorderwinkler in einem Nachruf auf Pfarrer Fleischmann wie folgt eingeht: „In den Jahren 1929 bis 1934, also in der Zeit der großen Wirtschaftskrisen, organisierte Pfarrer Fleischmann eine Aktion für Kinder von notleidenden Familien in Steyr. Kindertransporte zu evangelischen Familien im Frankenland und in die Schweiz folgten.“<sup>95</sup>

In den Kriegsjahren dagegen wird die Pfarrgemeinde Steyr zum Gastgeber. Eine Aufstellung vom 20.02.1941 über Schulorte und Schulkinder zeigt, dass neben den 273 gemeindeeigenen Kindern nicht weniger als 741 Berliner Kinder den evangelischen Religionsunterricht besuchen.<sup>96</sup> Insgesamt finden bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs an die 2000 Berliner Kinder Aufenthalt und Zuflucht in der evangelischen Pfarrgemeinde Steyr.<sup>97</sup>

#### 4.4.4 Erdsegen

Das von Pfarrer Fleischmann begründete „Liebeswerk Erdsegen“ lebt auch heute noch in der Erinnerung der Steyrer und ist in einem Ortsteil von St. Ulrich erhalten. Im Jahre 1931 beginnt die Gemeinde, sich nach einer Wiese in Pacht umzusehen, „um der Jugend Gelegenheit zur körperlichen Betätigung zu geben, aber auch um sie eventueller einseitiger Einflussnahme durch die politischen Parteien zu entziehen.“<sup>98</sup> Mehrmals wird

---

<sup>95</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 11.08.1946

<sup>96</sup> Schreiben an den Verband der evangelischen Kirchengemeinden in Berlin-Charlottenburg vom 20.02.1941

<sup>97</sup> Dopplinger, 1998 S. 37

<sup>98</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 28.04.1931

in der Folge die Wichtigkeit einer solchen Maßnahme betont, aber der Plan, vom Magistrat Steyr eine Wiese gegenüber dem Bahnhof Steyr billig zu bekommen, scheitert.

Schließlich wird die Gemeinde auf ein landwirtschaftliches Grundstück in der Nachbargemeinde Sankt Ulrich aufmerksam. Es gelingt Pfarrer Fleischmann, den „Schweizerischen Verein für die Evangelischen im Osten“ mit Sitz in Basel dafür zu gewinnen, am 13.03.1933 ein landwirtschaftliches Grundstück im Ausmaß von 11476 m<sup>2</sup> Wiese und 3924 m<sup>2</sup> Wald zum Preis von S 2.700,-- zu kaufen. Als Käufer tritt treuhändig der damalige Präsident des Vereins auf, Karl Noak, Apotheker in Bimmingen bei Basel.<sup>99</sup>

Der Grund dafür ergibt sich aus einer weiteren Grundbuchsurkunde vom 17.04.1948, in welchem er das treuhändig gehaltene Eigentum an der Liegenschaft dem Verein überträgt. Darin heißt es:

„Karl Noak war damals Präsident des Vereins [...] und dieser kaufte die Liegenschaft zu dem Zwecke, um den Evangelischen in Steyr, die Interesse an der Gartenwirtschaft hätten, und in ihrer Vermögenslosigkeit nicht selbst Grund und Boden erwerben konnten, zusätzlich zu ihrem Lebensunterhalte den Nutzgenuss daran zu überlassen. Die grundbücherliche Anschreibung des Herrn Karl Noak erfolgte bloß treuhändig wegen der damals in Österreich herrschenden unklaren politischen Lage.“<sup>100</sup>

Das Grundstück wird auf Kosten des Schweizer Hilfsvereins eingezäunt und in etwa 50 Kleingärten aufgeteilt, wo man in weiterer Folge Kartoffeln und Gemüse anbaut. Auch ein Holzhaus wird errichtet, später ist sogar geplant, es zu einer zweiten Pfarrunterkunft auszubauen, weil im Laufe des Krieges tausende evangelische Flüchtlinge aus den Ostgebieten in Auffanglagern leben und man hofft, für ihre Betreuung einen Flüchtlingspfarrer einsetzen zu können. Diese Lager befinden sich in Sonntagberg, Sankt Georgen am Reith und im Schloss Losensteinleithen.<sup>101</sup>

---

<sup>99</sup> Grundbuch Bezirksgericht Steyr, TZ 1238/33

<sup>100</sup> Grundbuch Bezirksgericht Steyr, TZ 1145/48

<sup>101</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 11.08.1946

Die zugehörige Waldparzelle ist für Kinder und Jugendliche ein beliebter Spielplatz, während die Eltern mit Gartenarbeit beschäftigt sind. Nach dem Zweiten Weltkrieg verringert sich das Interesse an den Kleingärten und die Liegenschaft wird schließlich im Jahr 1950 verkauft. Danach wird diese parzelliert und ist nun Teil einer Siedlung mit dem Ortsnamen Erdsegen.



Abbildung 6 Ortsteil Erdsegen

Laut Protokoll vom 1.2.1934 tritt Pfarrer Fleischmann im Zusammenhang mit dem Erdsegenkauf wieder eine Vortragsreise nach Basel und Deutschland an.<sup>102</sup> Schon am 10.4.1934 drängt das Presbyterium den ohnehin völlig überlasteten Pfarrer Fleischmann zu einer weiteren Vortragsreise, dem Synonym für Bittstellerei, wobei man ihn mit dem Argument unter Druck setzt: „Es befinden sich noch zahlreiche Kinder der evangelischen Gemeinde Steyr in Fürsorge bei fränkischen Bauern, die wiederholt baten, es möge sich Pfarrer Fleischmann bei ihnen blicken lassen. Er wolle bei den Vorträgen über das Liebeswerk Erdsegen berichten und dafür Interesse wecken.“ Wiederum erhofft sich das Presbyterium von der Reise eine Erleichterung der äußerst schwierigen finanziellen Lage der Gemeinde.<sup>103</sup>



Abbildung 7 Brunnen am Erdsegen

In der Sitzung vom 3.5.1936 fasst der Kurator die prekäre Situation der Pfarrgemeinde zusammen. 2700 Mitglieder, verteilt auf 1.300 Quadratkilometer, fünf Predigtorte, dazu 12 Unterrichtsstationen, der Kindergarten und der „Erdsegen“ für die Ärmsten. Steyr habe 4100 Arbeitslose, beinahe ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Zu Weihnachten hätten 250 Familien (etwa 1000 Personen) Ansuchen um Unterstützung eingebracht.<sup>104</sup>

<sup>102</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 1.2.1934

<sup>103</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 10.4.1934

<sup>104</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 3.5.1936

#### 4.4.5 Spendenaufrufe und Sparmaßnahmen

Spendenaufrufe werden verfasst und an die schon bestehenden evangelischen Kontakte in Deutschland und der Schweiz, darüber hinaus nach Holland, England, Schweden und sogar Amerika verschickt. Außerdem wird zum Sparen an allen Ecken und Enden verpflichtet, bei Licht, Beheizung, Telefon, Kanzleimaterial, Autofahrten usw. Alle Zahlungen müssen vom Presbyterium genehmigt werden, ausgenommen für Fürsorgezwecke, Kindergarten und Erdsegen.<sup>105</sup>

#### 4.4.6 Religionsunterricht

Der evangelische Religionsunterricht als Sozialleistung für die seelische Befindlichkeit seiner Gemeinde war Pfarrer Hugo Fleischmann ein zentrales Anliegen. In seinem Nachruf, verfasst von Natalie Fleischmann, findet sich dazu folgende Passage:

*„Sicher wird ihm unvergessen bleiben, was er zum leiblichen Wohl der Jugend alles unternahm. In demselben Maß aber muss gesagt werden, welch liebevoller väterlicher Freund und Hirte er den ihm anvertrauten Kinderseelen zu allen Zeiten war. Haben wir von den Sorgen gesprochen, die ihm die materiellen Nöte seiner Gemeinde bereitet haben, so müssen wir noch darüber stellen die Sorgen um die Möglichkeit der seelischen Betreuung der Jugend. Religionsunterricht! Das war eine der größten Aufgaben, die Pfarrer Fleischmann kannte, und der er in einem Maß gerecht wurde, das den Ruf als vorbildlich mit vollem Recht verdient. „Kein Kind unserer Gemeinde darf ohne längeren Religionsunterricht bleiben!“ das war die Parole, die er Jahr für Jahr vertrat. [...] Und es war wahrlich nicht einfach, in dem ungeheuren Gebiet der evangelischen Gemeinde Steyr dieses hohe Ziel zu erreichen und zu halten.“<sup>106</sup>*

Zu den bereits beschriebenen Herausforderungen kommen die große Zahl der Übertritte zum evangelischen Glauben und der damit einhergehende Unterricht. Am 03.07.1938 hebt Kurator Vorderwinkler hervor, „dass sich der Oberkirchenrat lobend

---

<sup>105</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 04.09.1936

<sup>106</sup> Fleischmann, 1946 S. 9/10

darüber ausgesprochen hat, dass Steyr eine der wenigen Diasporagemeinden ist, wo jedes Kind seinen regelmäßigen und vorgeschriebenen Religionsunterricht erhält.“<sup>107</sup>

#### 4.4.7 Betreuung der evangelischen Strafgefangenen

Zu den Aufgaben des evangelischen Pfarrers von Steyr zählt bis heute die seelsorgerische Betreuung der evangelischen Strafgefangenen in der nahe Steyr gelegenen Justizvollzugsanstalt Garsten, einem der größten Gefangenenhäuser Österreichs, damals Strafhaus genannt. Wie seine Gattin Natalie in dem von ihr verfassten Nachruf beschreibt, hat er sich dabei nicht nur um die seelsorglichen Belange gekümmert, sondern war bei ihrer Entlassung stets bemüht, „diesen Menschen neuen Boden unter den Füßen zu geben, der sie tragen konnte und nicht sinken ließ. Fand sich kein anderer Weg, so gab er ihnen in seinem eigenen Haus Zuflucht. Oft beherbergte das evangelische Pfarrhaus in Steyr monatelang solche Gäste, um sie erst innerlich und äußerlich gefestigt in die Welt ziehen zu lassen.“<sup>108</sup> Unterkunft bietet Familie Fleischmann aber auch Angehörigen von Gefangenen, die zu deren Besuch anreisen und sich kein Quartier leisten können.

Nach den Februarunruhen von 1934 und dem Verbot politischer Parteien durch den Ständestaat sind in Garsten etwa 200 politische Häftlinge zu betreuen, die aus Protest über die Rolle der katholischen Kirche allesamt zum evangelischen Glauben konvertiert sind und Pfarrer Fleischmann viel abverlangen, weil er bei allen Konvertiten großen Wert auf entsprechende religiöse Übertrittsbelehrung legt.<sup>109</sup>

Die intensive Betreuung politischer Häftlinge hat allerdings ein unangenehmes Nachspiel für Pfarrer Fleischmann. Wie aus dem Protokoll vom 11.05.1937 hervorgeht, ergeht eine Beschwerde der Strafhausdirektion von Garsten an das Bundesministerium für Justiz, welches dies zum Anlass folgender Intervention beim Oberkirchenrat in Wien nimmt:

*Trotz der äußerst bedenklichen Vorkommnisse möchte das Bundesministerium für Justiz derzeit von weiteren Schritten gegen Herrn Pfarrer Fleischmann absehen, wenn sich der evangelische*

---

<sup>107</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 03.07.1938

<sup>108</sup> Fleischmann, 1946 S.10/11

<sup>109</sup> Rößler, 2018 S. 492

*Oberkirchenrat bereitfindet, auf Pfarrer Fleischmann in der Richtung Einfluss zu nehmen, dass er in Hinkunft alles vermeidet, was ihn vom vaterländisch österreichischen Standpunkte nicht als einwandfrei ansehen lässt.<sup>110</sup>*

Darüber wird Pfarrer Fleischmann mit Schreiben des Oberkirchenrates vom 03.04.1937, Zahl 2044, in Kenntnis gesetzt.

Was ihm konkret vorgeworfen wird, ist heute weder in der JVA Garsten noch im Justizministerium zu verifizieren, denn es sind dazu keine Unterlagen mehr vorhanden. Sie wurden offenbar als zu unbedeutend eingestuft, um sie dem Staatsarchiv zu übermitteln.

Ab 1.Mai 1934 verfügt die katholische Kirche wieder über den Status einer staatlichen Macht und die Rechtslage erschwert den Austritt aus der Kirche. Dies geht so weit, dass in einigen Bundesländern der Kirchenaustritt mit Arreststrafe bedroht ist.<sup>111</sup> Es liegt also nahe, dass Fleischmanns *Evangelisierung* der Strafgefangenen Anstoß erregt hat.

Für die seelsorgerischen Tätigkeiten in der Justizanstalt wird Pfarrer Fleischmann mit der Johann-Hinrich-Wichern-Plakette geehrt. Dazu hält Kurator Vorderwinkler in der Presbytersitzung vom 21.04.1938 folgende Ansprache:

*„Unserem verehrten Pfarrer und lieben Freund wurde am Sonntag, dem 27. März 1938 im Rahmen einer kirchlichen Feierstunde eine Ehrung und Auszeichnung zuteil, die die evangelische Kirche nur einzelnen ihrer besonders verdienten Vertreter verleiht. Es wurde ihm vom Zentralausschuss für Innere Mission die Wichern-Plakette verliehen und außerdem wurden in einem Schreiben des Oberkirchenrates Dr. Kauer seine ganz besonderen Verdienste gewürdigt, die er sich durch die Betreuung der politischen Gefangenen in Garsten erworben hat.“<sup>112</sup>*

Die Wichern-Plakette ist das Dankeszeichen des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und wird für hervorragendes soziales Engagement

---

<sup>110</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 11.5.1937

<sup>111</sup> Kepplinger, 1998 S.165

<sup>112</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 21.4.1938

verliehen.<sup>113</sup> Sie trägt das Bildnis des Begründers der Inneren Mission, Johann Hinrich Wichern (1808-1881).<sup>114</sup>

#### 4.5 Problematisierung der Person Fleischmann

In einem Artikel der OÖ Nachrichten vom 23.12.2022 bezüglich der aufgeflamnten Debatte über die Änderung von „ideologisch belasteten“ Straßennamen in Linz und Steyr zählt Kulturstadträtin Katrin Auer (SP) auch Hugo Fleischmann auf. Dies macht es notwendig, auch dessen politische Gesinnung zu beleuchten.<sup>115</sup>

Dazu ein Auszug aus *Steyr, Stadt der Reformation* von Gerold Lehner und Raimund Locicnik, in dem Pfarrer Friedrich Rößler zu den Ereignissen ab 1934 folgendes schreibt:

*Die Evangelischen sind benachteiligt. Da wächst die Sehnsucht nach Vereinigung mit der großen evangelischen Kirche im Mutterland der Reformation, ja auch nach politischer Vereinigung mit Deutschland. In der Zeit der wirtschaftlichen Not wird in Österreich wahrgenommen, welch einen unerhörten wirtschaftlichen Aufschwung Deutschland nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler genommen hat. In der Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation für die Bevölkerung in Österreich und für die evangelische Kirche hegt Pfarrer Fleischmann große Sympathien für den Aufschwung in Deutschland. Bei der Volksabstimmung stimmen 99% der österreichischen Bevölkerung für den Anschluss an Deutschland. In einem Brief an die ehemaligen Konfirmanden schreibt Pfarrer Fleischmann im Jahr 1940: „Uns Deutschen von heute kann es wahrlich nicht schwer fallen, an Gottes Fügung zu glauben. Ist nicht unser Führer sichtbarlich das Werkzeug der göttlichen Führung?“ - Pfarrer Fleischmann hat wie viele Menschen damals die dunklen Seiten des Nationalsozialismus lange nicht erkannt, oder erkennen wollen.<sup>116</sup>*

---

<sup>113</sup> Häusler, M., Johann Hinrich Wichern - Infoportal - Diakonie Deutschland letzter Zugriff am 08.09.2023

<sup>114</sup> Brockhaus Enzyklopädie Zwanzigster Band , 1974 S. 289

<sup>115</sup> Dunst, 2023 S.30

<sup>116</sup> Rößler, 2018 S. 492

Fleischmann war damit in der Tat nicht der einzige in der evangelischen Hierarchie Österreichs, der den Anschluss befürwortete. Noch im Schreiben vom 10.03.1938 zu Zahl 1817, drei Tage vor der von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg geplanten Volksabstimmung über den Erhalt der Souveränität Österreichs, erlässt der Oberkirchenrat ein Rundschreiben, „wonach jeder vaterlandstreue evangelische Christ vorbehaltlos bejahend (für Österreich Anm.) zustimmen soll“.<sup>117</sup> Doch bereits am 17.03.1938 zu Zahl 1935 gibt der Oberkirchenrat die Erklärung der Synodalausschüsse bekannt, worin „die Volksbrüderlichkeit der evangelischen Kirche in Österreich und der Dank an den Führer für seine große Tat zum Ausdruck gebracht wird.“<sup>118</sup>

In Punkt 8. der Tagesordnung vom 21.04.1938 wird erörtert, „wie sich in Zukunft die Jugendarbeit gestalten wird. Pfarrer Fleischmann warnt vor jeder Doppelgeleisigkeit.(sic!) Es wird vor allem darauf zu achten sein, dass der Religionsunterricht in lehrhafter Art und lebendiger im Einklang mit dem Geist der Nation gestaltet wird. Die Jugendarbeit muss gänzlich der Parteiführung überlassen werden.“<sup>119</sup> Auch am 25.05.1938 warnt Pfarrer Fleischmann davor, die Jugendarbeit teilweise den Parteiorganisationen zu entziehen, „denn im gegenwärtigen Zeitpunkte sei die kirchliche Jugendarbeit ein Verrat an dem Aufbau der Erfassung der ganzen Jugend im Sinne des Parteiprogrammes.“<sup>120</sup> Zugleich beklagt er erstmals die Erschlaffung des kirchlichen Lebens die nach dem Anschluss eingetreten sei.<sup>121</sup>

Schon wenig später treten nationalsozialistische Machtansprüche mit bildungspolitischen Interessen der Pfarrgemeinde in Konflikt. So berichtet Pfarrer Fleischmann am 03.07.1938 über Probleme der Jugendarbeit, weil neben staatlichen Jugendbünden keine anderen mehr bestehen dürfen. Deshalb müsse das Elternhaus mehr auf die religiöse Erziehung der Jugend bedacht sein. Auch das evangelische Schulwesen ist in die Hände des Staates gelegt worden. Die gegenwärtige Lage sei „gewiss nicht rosig“.<sup>122</sup> Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, dass sich kirchenpolitische Parteien bilden und getrachtet werden, dass das Gemeindeleben nicht

---

<sup>117</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 10.03.1938

<sup>118</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 17.03.1938

<sup>119</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 21.04.1938

<sup>120</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 25.05.1938

<sup>121</sup> ebd

<sup>122</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 03.07.1938

zurückgeht. Er ergänzt tröstend: „Freuen wir uns daran, dass wieder Brot und Arbeit geschaffen wurde und wieder fröhliche Gesichter zu sehen sind“.<sup>123</sup>

Im Jahr 1936 hatte die evangelische Pfarrgemeinde 2800 Seelen. Um den vielen (neuen) Mitgliedern einen weiteren Gemeinschaftsort bieten zu können, mietete Pfarrer Fleischmann im Wehrgraben einen Raum in einem Wirtshaus und richtete dort einen Betsaal ein. Nach dem Anschluss beanspruchte die Ortsgruppe der NSDAP den Saal für ihre Aktivitäten.<sup>124</sup> Schon vorher, nämlich mit Ende des Schuljahres 1937/38, wird der kirchliche Kindergarten behördlich aufgelöst.<sup>125</sup>

Der Vorsitzende des Mauthausenkomitee Steyr und katholische Religionslehrer Karl Ramsmaier unterstellt Pfarrer Fleischmann mit folgenden Worten eine Mitgliedschaft in der NSDAP:

*Vieles spricht dafür, dass Fleischmann auch offiziell Mitglied der NSDAP war. [...] Nach dem Krieg entstand der Mythos eines sozial engagierten Pfarrers, der er sicherlich auch war. Seine Mitgliedschaft bei den Deutschen Christen, seine Mitgliedschaft bei der NSDAP und seine nationalsozialistische Gesinnung werden bis heute meist verschwiegen [...]*<sup>126</sup>

Diese Mitgliedschaft in der NSDAP belegt Ramsmaier allerdings nicht. Im Archiv der Stadt Steyr, welches die Unterlagen über nationalsozialistisch belastete Personen aufbewahrt, scheint der Name Hugo Fleischmann nicht auf.

Aus den Protokollen der Gemeinde- und Presbytersitzungen der NS-Zeit geht hervor, dass Pfarrer Fleischmann mehrfach die große Zahl der Kirchenaustritte, die negative Propaganda der *Gottgläubigen* und die zunehmende Teilnahmslosigkeit am kirchlichen Leben beklagt. Der Kirchbesuch sei katastrophal.<sup>127</sup>

*Gottgläubig* war während der Zeit des Nationalsozialismus die offizielle Bezeichnung für Personen, die keiner Religionsgemeinschaft angehörten. Wer aus der Kirche ausgetreten war, aber sich nicht als glaubenslos ansah, konnte sich nach dem Erlass des

---

<sup>123</sup> ebd

<sup>124</sup> Dopplinger, 1998 S. 36, 37

<sup>125</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 18.08.1938

<sup>126</sup> Ramsmaier, 2021 S. 147

<sup>127</sup> Gemeinde- und Presbyterprotokoll vom 12.12.1938

Reichs-Innenministeriums vom 26.11.1936 auf den Melde- und Personalbögen der Einwohnermeldeämter als *gottgläubig* bezeichnen. Dahinter stand das Bestreben der Nationalsozialisten, anstelle der als *orientalisch* diffamierten christlichen Religionen eine der *deutschen Wesensart* entsprechende zeitgemäße Religion zu verankern.<sup>128</sup>

Die Kriegsjahre werden immer mehr zur Katastrophe für die evangelische Pfarrgemeinde in Steyr. Wohl ist die drückendste Armut überwunden, da die Rüstungsindustrie für Beschäftigung sorgt, aber das spirituelle Leben schwindet und neue Schicksalsschläge treffen die Gemeinde. Viele fallen an der Front oder sind verschollen, Steyr wird wiederholt bombardiert und auch die neben dem Bahnhof gelegene Pfarrkirche und das Pfarrhaus erleiden Schäden, die sie vorübergehend unbenutzbar machen. Kamen zuerst Arbeitswillige für die Industrie, so sind es nun tausende evangelische Flüchtlinge aus den von der Roten Armee überrannten Ostgebieten, die betreut werden müssen, was Pfarrer Fleischmann vor unlösbare Aufgaben stellt, denn Pläne für eine Flüchtlingspfarrstelle lassen sich nicht verwirklichen.

---

<sup>128</sup> Proske, 2019 letzter Zugriff 30.06.2023

## 5 Resümee

Betrachtet man die Zeiträume vor und nach 1934, so wird meines Erachtens deutlich, dass nicht nur der verlorene Krieg, das Ende der Doppelmonarchie und die weltwirtschaftlichen Gegebenheiten zum Niedergang der Stadt Steyr geführt haben, sondern auch, dass sie als *Hochburg des Austromarxismus* von der christlich-sozialen Politik in Bund und Land vernachlässigt wurde. Erst nach den Februarereignissen von 1934 erkannte man die Notwendigkeit, zur Vermeidung weiterer bürgerkriegsähnlicher Unruhen und zur Stabilisierung des politischen Systems das Elend des Industrieproletariats durch staatliche Eingriffe zu lindern, was im Zusammenhang mit einem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung innerhalb von wenigen Jahren zu einer deutlichen Linderung der Notlage in Steyr führte.

Dennoch schlummert meines Erachtens bis heute im Unterbewusstsein der Bevölkerung das Trauma, im *roten Steyr* von einem seit Jahrzehnten konservativ regierten Land Oberösterreich vernachlässigt zu werden, sei es bei der Industrialisierung – die BMW-Ansiedlung wurde vom Land nur halbherzig unterstützt und ist vor allem den Bemühungen des damaligen Bürgermeisters Franz Weiss und des Bundeskanzlers Bruno Kreisky zu danken –, der als ungenügend empfundenen Verkehrsanbindung mittels Schienen- und Straßennetz, der Kasernenschließung 2001<sup>129</sup> und zuletzt die vergebliche Bewerbung als Universitätsstandort. Wie zur Bestätigung meiner oben dargelegten These führt Bürgermeister Markus Vogl in der Budgetgemeinderatssitzung vom 14.12.2023 - zur Differenz zwischen vom Land erhaltenen Geldern und Transferzahlungen seitens der Gemeinde mit einem Minus von 20,7 Millionen Euro - aus: „Da werde ich schön langsam grantig. Man lässt uns bei ausgestreckter Hand verhungern.“<sup>130</sup>

Das Bild von Pfarrer Hugo Fleischmann, das im Büro der evangelischen Pfarrgemeinde AB Steyr hängt, zeigt einen Mann, der in seiner Amtszeit von 1914 bis 1946 die Herausforderungen von zwei Weltkriegen und der Zwischenkriegszeit zu bewältigen hatte. Sein Leitmotiv war Martin Luthers Wort: „Da muss ich meinen Glauben gewiss

---

<sup>129</sup> Bundesministerium für Landesverteidigung, kein Datum letzter Zugriff 30.06.2023

<sup>130</sup> Winterleitner, 2023 S.35

machen, mir und den Leuten, und muss dem Nächsten gut tun, damit sich der Glaube beweiße“.<sup>131</sup>

Auch seine politischen Hoffnungen und Enttäuschungen sind angesichts der in jüngerer Zeit entbrannten Debatte um belastete Straßennamen einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Das Wirken von Hugo Fleischmann ist von außerordentlicher Arbeitsleistung, nämlich Unterricht, Gottesdienst, Seelsorge, persönlicher Begleitung und sozialer Fürsorge in einer räumlich weit gestreuten Diasporagemeinde geprägt. Für sein Engagement als „Kämpfer und Linderer der Not der 30er Jahre“<sup>132</sup> wurde er mit einem Straßennamen ausgezeichnet, und insofern halte ich es ungeachtet seiner problematisierten Nähe zum Nationalsozialismus für berechtigt, die Benennung der Hugo-Fleischmann-Straße beizubehalten.

---

<sup>131</sup> Fleischmann, 1946 S. 7

<sup>132</sup> Steyr S. , [www.steyr.at](http://www.steyr.at), kein Datum, letzter Zugriff am 12.02.2024

## 6 Literaturverzeichnis

- Brandl, M. (1980). *Neue Geschichte von Steyr*. Steyr: Verlag Wilhelm Ennsthaler.
- Brockhaus Enzyklopädie Zwanzigster Band*. (1974). Wiesbaden: F. A. Brockhaus.
- Bundesministerium für Landesverteidigung. (kein Datum). *www.denkmal-heer.at*. Von <https://www.denkmal-heer.at/wissenswertes/trollmann-kaserne> abgerufen
- Dopplinger, M. C. (1998). *100 Jahre evangelische Kirche Steyr-Stadt 1898-1998*. Steyr: Verein zur Förderung evangelischen Kulturgutes.
- Dunst, M. (23. 12 2023). Belastete Straßennamen: Steyr sucht nach Experten. *OÖN*, S. 30.
- Evangelische Kirchenverfassung § VIII 6/7. (kein Datum).
- Fehringer, H. (05. 01 2023). Die Hölle von Steyr. *OÖN*, S. 28.
- Fleischmann, N. (1946). *Dem evangelischen Pfarrer von Steyr Hugo Fleischmann zum Gedächtnis*. Steyr: Druck Priezl.
- Kepplinger, B. (1998). In et. al., *Glühendrot/Krisenbleich* (S. 165). Steyr: Verein Museum Arbeitswelt.
- Mendel, M. (11. 05 2021). *www.oegb.at*. Von <https://www.oegb.at/themen/arbeitsmarkt/arbeitslosigkeit/100-jahre-arbeitslosenversicherung>
- Michael, H. (1941). *Die Diasporagemeinde als Finanzproblem*.
- Proske, W. (04. 02 2019). *hpd.de*. Von <https://hpd.de/artikel/nationalsozialismus-und-gottglaebigkeit-16461>
- Ramsmaier, K. (2021). In *Arbeit Wohlstand Macht*. Linz: Trauner Verlag GmbH.
- Riegler, E. A. (2015). *Zur Geschichte der Armenfürsorge in Oberösterreich 1880 – 1938. In: LebensRisiken LebensChancen Soziale Sicherung in Österreich. Begleitpublikation zur Landessonderausstellung 2015; Hrsg. v. Amt der oberösterreichischen Landesregierung – Direktion K*. Linz: Trauner Verlag.
- Rößler, F. (2018). In G. R. Lehner, *Steyr, Stadt der Reformation*. Linz: Wagner.
- Steiner, G. (2019). Zur Entwicklung der Sozialversicherung zwischen 1918 und 1938. *Soziale Sicherheit*.
- Steyr, E. P. (kein Datum). Gemeinde- und Presbyterprotokoll. Steyr.
- Steyr, S. (kein Datum). Steyrer Ratsprotokoll. Steyr: Stadt Steyr.

Steyr, S. (kein Datum). *www.steyr.at*. Von [https://www.steyr.at/Strassennamen\\_P](https://www.steyr.at/Strassennamen_P) abgerufen

Talos, E. (1981). *Staatliche Sozialpolitik in Österreich*. Wien.

Winterleitner, G. (16. Dezember 2023). Ein Thema, dass den Steyrer Stadtchef granteln lässt. *Oberösterreichische Nachrichten*, S. 35.

## 7 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 „Der Hungernden Jugend von Steyr gewidmet“ .....	21
Stadtarchiv Steyr	
Abbildung 2 Ausdehnung der evang. Pfarrgemeinde um 1930 .....	26
Dopplinger, M. C. (1998). <i>100 Jahre evangelische Kirche Steyr-Stadt 1898-1998</i> . Steyr: Verein zur Förderung evangelischen Kulturgutes.	
Abbildung 3: Pfarrer Hugo Fleischmann.....	27
Pfarrarchiv der evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Steyr	
Abbildung 4 Familiengrab der Familie Fleischmann .....	29
privat	
Abbildung 5 Evangelische Kinder um 1929 .....	32
Pfarrarchiv der evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Steyr	
Abbildung 6 Ortsteil Erdsegen .....	34
privat	
Abbildung 7 Brunnen am Erdsegen .....	34
Pfarrarchiv der evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Steyr	

## Eigenständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen Hilfsmittel als die angegebenen benützt habe. Die Stellen, die anderen Werken (gilt ebenso für Werke aus elektronischen Datenbanken oder aus dem Internet) wörtlich oder sinngemäß entnommen sind, habe ich unter Angabe der Quelle und Einhaltung der Regeln wissenschaftlichen Zitierens kenntlich gemacht.

Diese Versicherung umfasst auch in der Arbeit verwendete bildliche Darstellungen, Tabellen, Skizzen und Zeichnungen.

Steyr, 15.02.2024

Ort, Datum



---

Unterschrift